

# DIE STÄDTISCHEN BÜRGER UND DAS GERICHT DER KÖNIGLICHEN ANWESENHEIT IM 14. JAHRHUNDERT

ZUR GESCHICHTE DES INSTITUTS DES LANDESRICHTERS (IUDEx CURIAE)

von  
IVÁN BERTÉNYI

Die Ausbildung des Tavernikalgerichtshofes, das in der Geschichte der ungarischen Gerichtsbarkeit vor 1848 eine wichtige Rolle spielte, beschäftigt schon seit langem unsere geschichtliche und rechtsgeschichtliche Fachliteratur. Im vergangenen Jahrhundert rechnete Gusztáv Wenzel „praktisch“ von 1426 an jene Periode, als die Gerichtsbarkeit des Tavernikalmeisters (magister tavernicorum) und seines Richterstuhles über die Städte ausschliesslich wurde<sup>1</sup>. Nach Imre Hajnik, dem hervorragenden Rechtshistoriker der Jahrhundertwende, war „die Jurisdiktion des Tavernikalmeisters“ . . . schon im Anjou-Zeitalter soweit ausgebildet, dass für die Bürger und Städte eine Vorladung zur königlichen Kurie und vor den König (in praesentiam regiam) oder vor den Tavernikalmeister dasselbe bedeutete<sup>2</sup>. Es ist das Verdienst des Monographen der Tavernikalmeisterwürde, Elemér Boreczky, dass er die Ausbildung der ausschliesslichen Gerichtsbarkeit des Tavernikalmeisters über die Bürger nicht statisch und isoliert, sondern unter Beachtung auch anderer Änderungen in der kurialen Organisation zu erfassen trachtete und im Einklang mit dem Prozess der Trennung der Schatzmeisterwürde auf die Zeit nach der Mitte des XIV. Jahrhunderts verlegte<sup>3</sup>. Wie aber die Untersuchungen von Imre Szentpétery jun. darauf hingewiesen haben, überschritt der Prozess der Ausbildung des Tavernikalgerichtshofs bedeutend die von Boreczky angegebene Zeitgrenze und erst von der zweiten Hälfte des XV. Jahrhunderts kann vom Tavernikalgerichtshof als von einem ständigen Institut in der Hand der Bürgerschaft, das in Sachen der Bürger zuständig war, die Rede sein<sup>4</sup>. Die Ergebnisse von Imre Szentpétery jun. können diesbezüglich angenommen werden. Es taucht aber gleich das Problem auf: wer übte in Sachen, die die ganze Gemeinschaft der Städte betrafen, die Gerichtsbarkeit aus, andererseits, wenn sich das Tavernikalhof so spät ausbildete, welche Gerichtsinstanzen waren inzwischen für die Bürger der Städte zuständig, und ob die Zuständigkeit der Gerichtsinstanzen untereinander und von der Zuständigkeit des Tavernikalmeisters abgegrenzt werden kann. Scheinbar fühlte auch Szentpétery dieses Problem, indem er öfters über die Städte Gerichtsbarkeit ausübende andere Gerichtsinstanzen — neben der Gerichtsbarkeit des Tavernikalmeisters spricht.

Insbesondere bis Ende des XIV. Jahrhunderts treffen wir die Gerichtsbarkeit anderer Gerichte über die Bürger. Unser Ziel besteht darin, die Funktion des in städtischen Sachen im XIV. Jahrhundert am häufigsten vorgehenden oberen Gerichtes, des Gerichtsstuhls des Landesrichters (*iudex curiae*) – neben der sich ausbildenden Jurisdiktion des Tavernikalmeisters – zu untersuchen und ihren Platz im Rahmen der Rechtsgeschichte und der gesellschaftlich-politischen Verhältnisse dieses Zeitalters zu finden.

Die Untersuchung der höheren Gerichtsbarkeit über die Städte ist dadurch erschwert, dass im XIV. Jahrhundert aufgrund des zur Verfügung stehenden Quellenmaterials oft nicht eindeutig entschieden werden kann, welche Ortschaften als Städte zu betrachten sind. Hajnik meinte am Ende des vorigen Jahrhunderts, dass „die königlichen Privilegien die Jurisdiktion auf die verschiedenen königlichen Gemeinden in unterschiedlichem Mass übertragen, demzufolge sie nach ihrer unterschiedlichen Rechtsstellung verschieden benannt werden, wie *oppidum*, *libera villa*, *civitas*. Im XIV. Jahrhundert wird *regia civitas* nur mehr eine Gemeinde genannt, die über volle Jurisdiktion nur mehr vom König abhängig verfügte“<sup>5</sup>. Im Laufe der späteren Forschungen erwies sich dieses vom ausgezeichneten Rechtshistoriker sehr vorsichtig skizzierte Bild allzusehr als vereinfacht, weil die Fachliteratur auf die Undifferenziertheit der damaligen gesellschaftlichen Schichten, Klassen hingewiesen hat. Noch verhältnismässig spät, „z. B. etwa um 1393 werden in den Urkunden die Ausdrücke *civis*, *hospes* und *iobagio* gemischt verwendet, es konnte also kein grosser Unterschied unter ihnen vorhanden sein. Noch das Dekret von 1405. unterscheidet nicht zwischen *civitas* und *libera villa*“<sup>6</sup>. Neustens stellte Elemér Mályusz fest, dass die Grenzlinie zwischen den Städten und Marktgemeinden sehr eng war<sup>7</sup> und eben deshalb zur genauen Klassifikation ungeeignet sei. Er versuchte daher die Marktgemeinden im XIV. Jahrhundert statt dieser ungeeigneten juristischen Terminologie vor allem aufgrund wirtschaftlicher Gesichtspunkte zu bestimmen<sup>8</sup>. Einen ähnlichen Standpunkt wie Bónis und Mályusz nimmt auch die Verfasserin einer Monographie über die Marktgemeinden des folgenden Jahrhunderts, Vera Bácskai ein<sup>9</sup>. Die Vorsichtigkeit der Forscher ist auf diesem Gebiet für alle Fälle begründet. Eigentlich darf oft nur in Anführungszeichen über „Städte“ und „städtische Bürgerschaft“ gesprochen werden. Die Situation wird noch dadurch weiter kompliziert, dass die damalige Terminologie nicht genau zwischen den königlichen und den privatgutsherrlichen „Städten“ unterscheidet<sup>10</sup>. Aber auch wenn wir im Rahmen der königlichen Städte bleiben und das bekannte Gesetz König Ludwigs untersuchen, so sehen wir, dass Ges. Art. VI: 1351. bloss über *mit Mauern umgebene* königliche Städte („*civitibus muratis*“) spricht und nur die Bewohner dieser Städte (also nicht jeder *civitas*) der Zahlung des Neuntels enthebt. Einige Jahre nach Erlassung des Gesetzes verfügt der König über Deutsch-Litte dass es in der Zukunft als eine „*libera et capitalis*“ Stadt zu betrachten sei und ihre Bürger denselben Bräuchen unterstehen, wie die Bürger von Agram (Gretzenberg)<sup>11</sup>. Das Bild ist also sehr bunt. Es gibt „*villa*“, „*possessio*“, „*oppidum*“, „*libera villa*“, „*civitas*“, „*civitas murata*“, „*libera et capitalis civitas*“ nebeneinander und auch ihre Bewohner werden verschiedenen benannt.<sup>12</sup> Die unsichere rechtliche Terminologie deckt die Buntheit des gesellschaftlichen Bildes. Die ersten Glieder der Aufzählung betreffen ursprünglich und vor allem die Hospes-Dörfer, doch kommen sie auch für



Städte vor. Diese Buntheit hat offenbar historische Gründe. Ein Grossteil unserer privilegierten Siedlungen erwarb sich in einem früheren Abschnitt der Entwicklung als *Hospes*-Gemeinde ein Privileg. Die Immunität, die die Geltung des eigenen Wohnrechts der *hospes* auf niedrigerer Stufe sicherte und wodurch die richterliche Kompetenz des Gespans über die Bürger mit *Hospes*-Privilegien abschaffte, bedeutete einen rechtlichen Inhalt, den auch jene, die königliche Privilegien erhielten, gerne anstrebten und auch die allmählich verstädtlichte Bürgerschaft bewahrte, und, wenn der König mit der entwickelnden Siedlung einen Privatgutsherren belehnte, konnten die Bürger mit diesem rechtlichen Inhalt die Verschlechterung ihrer Lage unter den neuen Verhältnissen zu verhindern versuchen. Manchmal ist es gelungen<sup>13</sup>, meistens aber nicht. Jedenfalls erscheint das Wort „*hospes*“ bald als Synonyme des Wortes „*iobagio*“<sup>14</sup> wodurch die Terminologie noch bunter wird. Es kann also bei einzelnen konkreten Rechtsfällen wegen der häufigen Überdeckungen der Termine der Gerichtsbarkeitsprivilegien und anderer Quellen jener Zeit nur durch Einbeziehen anderer Daten bezüglich der im Prozess genannten Ortschaften entschieden werden, ob ein Dorf, eine Marktgemeinde, oder eine auch im späteren Sinn als Stadt zu bezeichnende Gemeinde in der Sache eine Rolle spielt. Unter solchen Umständen kann es natürlich vorkommen, dass der Charakter der bezüglichen Siedlung unklar bleibt, andererseits ist es auch natürlich, dass die *Hospes*-Gemeinden und die Städte bezüglich der Gerichtsbarkeit oft nicht zu unterscheiden sind.

Die durch *Hospes*privilegien, Städteprivilegien gesicherte Immunität bedeutete die Auflösung des geschlossenen Gerichtsbarkeitssystems der königlichen Gebiete, später dann des adeligen Komitates; es bürgerte sich ein Rechtssystem ein, das vom Rechtssystem, das die königlichen oder Komitatsrichter anwendeten, verschieden war und die Richterfunktion des Gespans abschaffte<sup>15</sup>. Die Privilegien betrauen im allgemeinen die privilegierte Körperschaft (bzw. deren gewählten Vertreter) mit der unteren Gerichtsbarkeit und nur gewisse Sachen werden dem Vertreter des Königs überlassen; für die Verantwortlichmachung des bei der Rechtssprechung „nachlässigen“ Richters wird im allgemeinen die Vorladung „*in praesentiam regiam*“, „*in praesentiam regiam vel magistri tavernicorum*“, oder „*ad regis iudicium*“ usw. in Aussicht gestellt oder es wird jene Instanz als zuständig für die Verantwortlichmachung erwähnt, die vom König damit betraut wird.<sup>16</sup> Die Privilegien reden aber im allgemeinen nicht über Fälle, wenn eine Klage nicht gegen einen Bürger der privilegierten Körperschaft zu beurteilen ist, sondern die ganze Gemeinde im Zusammenhang mit ihren Gütern, die zwischen den Feldern der feudalen Gutsherren liegen, als Prozesspartei vor irgendeinem Gericht steht. Nach der Praxis jener Zeit mussten Sachen im Zusammenhang mit Grundbesitzen, wo auch Dokumente als Beweise zu prüfen waren, in der königlichen Kurie entschieden werden<sup>17</sup>. Mehrere Richter der königlichen Kurie verfertigten im XIV. Jahrhundert Urteilschriften. Da der Vorgesetzte der Schatzmeister, die die Einnahmen aus dem königlichen Grundbesitz verwalteten, der königliche Tavernikalmeister war, und auch unsere Städte sich auf königlichem Gebiet ausbildeten, ist es verständlich, dass er es ist, der in der Formel „*in praesentiam regiam vel magistri tavernicorum*“ als Gerichtsinstanz genannt ist. Fraglich ist es aber, wie der in den damaligen Dokumenten oft verwendete Ausdruck „*in praesentiam regiam*“ zu deuten



ist. Hajnik erklärte bezüglich der Vorladung vor den Tavernikalmeister ohne zeitliche Begrenzung, dass es für die Vorladung „*in curiam regiam*“ gilt, allerdings mit der Ergänzung „*in praesentiam tavernicalem*“. Seiner Auffassung gemäss vertritt der Landesrichter gegenüber dem (Palatin und) Tavernikalmeister in der Gerichtsbarkeit die königliche Anwesenheit, „der Landesrichter bleibt also die „*praesentia regia*“ d. h. das eigentliche königliche Gericht“.<sup>18</sup> Imre Szentpétery jun. übernimmt die Ansicht von Hajnik, bzw. er schreibt nach ihm, dass vor den Tavernikalstuhl mit der Formel „*in curiam regiam*“ geladen wurde.<sup>19</sup> Nach Ferenc Eckhart bedeutete „die Ladung vor den König (*praesentia regia*) seit der Mitte des XIII. Jahrhunderts soviel wie vor den Landesrichterstuhl geladen zu sein“.<sup>20</sup> Der Bearbeiter unser Städteprivilegien dagegen fasste die *praesentia regia* in Bezug auf das Ende des XIV. und Anfang des XV. Jahrhunderts so auf, dass es der Ausdruck der Gerichtsbarkeit des Tavernikalmeisters sei.<sup>21</sup>

Die Auflösung des Widerspruchs zwischen den verschiedenen Anschauungen ist nicht leicht. Um es tun zu können, muss untersucht werden, bezüglich welcher Gerichte die Zeitgenossen den Ausdruck „*praesentia regia*“ verwendeten.

Es gibt Fälle, wo – wahrscheinlich der Ausdruck tatsächlich auf das persönliche Auftreten des Herrschers als Richter hinweist. So wendeten sich die *cives* und *hospites* von Ofen als König Ludwig am 5. Juli 1343, von der Jagd nach Ofen zurückkehrte, an die Anwesenheit seiner Majestät.<sup>22</sup> Dreizehn Jahre später schreibt das oben schon erwähnte Privileg von Deutsch-Litte vor, dass der Kläger, der den Stadtrichter für verdächtig hält, sich mit seiner Klage an die Vornehmen der Stadt wende, und wenn er auch weiter unzufrieden wäre und sie vor die Anwesenheit des Königs ladete, allein der Richter verpflichtet sei auch statt der anderen *zum König* zu gehen.<sup>23</sup> In einem Prozess des Kapitels von Agram gegen die Bürger von Gretzenberg, der vor der *praesentia regia* eingeleitet wurde, verfügte wahrscheinlich ebenfalls der König zuerst und von ihm kam die Sache vor den Tavernikalmeister Oliver, dann im Laufe der Zeiten vor die einanderfolgenden anderen Tavernikalmeister.<sup>24</sup> Im Beispiel von 1343 ist es ganz sicher, dass der König selbst die in der königlichen Anwesenheit erscheinenden Bürger von Ofen angehört hat und auch in den beiden anderen Fällen ist es wahrscheinlich, dass wir keinen blossen Formeln gegenüberstehen. Die Anwesenheit des Königs und die Anwesenheit anderer Richter ist auch im Text des Kammervertrags von 1336 voneinander zu unterscheiden,<sup>25</sup> Königin Elisabeth gestatet in 1382 dem Richter und den Stadträten von Pressburg, dass sie als Vertreter einen Advokaten nehmen dürfen, falls sie „*in regiam vel nostram, aut magistri tavernicorum regalium praesentiam*“ personaliter *responsuri fuerint evocati*“.<sup>26</sup> Auch in diesem Fall unterscheidet die Urkunde zwischen der vom König bzw. Königin vertretenen königlichen Anwesenheit und der des Tavernikalmeisters.<sup>27</sup>

Andere Angaben lassen darauf schliessen, dass unter dem Gericht der königlichen Anwesenheit – im Falle von bürgerlichen Beklagten – der Tavernikalmeister zu verstehen ist. Der Text einer Urkunde von 1343 bekundet, dass ein Bürger von Ofen namens Kunchlin einer Besitzzeineinräumung widersprach, worauf er vor *königliche Anwesenheit* geladen wurde, von dort aber der königliche Tavernikalmeister die Sache vor den Richter und Stadträte von



Ofen überwies.<sup>28</sup> Nach einem Dokument des königlichen Tavernikalmeisters Lörinc vom Jahr 1344 erschienen die Bürger von Schmölitz, die gegen den Erzbischof von Gran zu Erscheinen „vor der königlichen Majestät“ (coram regia maiestate) verpflichtet waren, vor dem Tavernikalmeister (coram nobis.<sup>29</sup> Dasselbe ist auch in 1371 zu beobachten, als die Bürger von Emend (universos populos de Emend) vor die königliche Anwesenheit geladen wurden, mit der Verpflichtung vor dem Tavernikalmeister zu erscheinen.<sup>30</sup>

Nach einer Angabe von 1338 (aber wahrscheinlich nicht bezüglich eines bürgerlichen Beklagten), durfte die Ladung vor Anwesenheit des Woiwoden von Siebenbürgen gleichwertig mit der Ladung vor königliche Anwesenheit gewesen sein.<sup>31</sup> Da Thomas, Woiwode von Siebenbürgen nach dem Tode des königlichen Tavernikalmeisters Demeter auch die Tavernikalgerichtsbarkeit versah, ist es möglich, dass sein Verfahren in der genannten Sache mit seiner neuen Funktion im Zusammenhang steht, doch ist es wahrscheinlicher, dass er aufgrund seiner eigenen Funktion das Gericht der königlichen Anwesenheit besorgte. Aus einer Urkunde des Landesrichters Pál Nagymartoni erfahren wir, dass nach dem Tode des Landesrichters Sándor Köcski während der Vakanz des Landesrichterstuhls die Parteien sich „in regiae maiestatis praesentiam“ wandten. Hier wurde aber eine vorgewiesene Urkunde wegen Falschheitsverdachtes in die Verwahrung des Vizekanzlers bis zur Ernennung des nächsten Landesrichters übergeben. Es ist also wahrscheinlich, dass in diesem Fall der Vizekanzler als *praesentia regia* fungierte.<sup>32</sup> Es ist also aus dem Gesagten zu ersehen, dass der König, die Königin, der Tavernikalmeister und wahrscheinlich auch der Vizekanzler und der Woiwode von Siebenbürgen als königliche Anwesenheit fungieren konnten. Es ist möglich, dass durch weitere Untersuchungen der Kreis noch weiter ausgedehnt wird und es sich noch von anderen Hofwürdenträgern herausstellt, dass sie gelegentlich das Gericht der königlichen Anwesenheit leiteten. Von den bisher genannten Würdenträgern versah der königliche Tavernikalmeister am häufigsten das Gericht der königlichen Anwesenheit.

Wir erwähnen absichtlich zuletzt den Richter der *praesentia regia*, der noch häufiger als der Tavernikalmeister mit ständigem Charakter vorging, den *Landesrichter*. Es ist allgemein bekannt, dass im Falle von adeligen Beklagten der Landesrichter nicht nur ad hoc, sondern beinahe ausschliesslich die zur königlichen Anwesenheit geladenen Sachen verhandelte. Darüber schweigt aber die Fachliteratur, dass vor den Landesrichter nicht nur Prozesse gegen Adelige, sondern auch solche gegen privilegierte Körperschaften kommen konnten. Dieses letztere Verfahren wurde in 1285 noch als besonderer Schutz für die königlichen Kirchen betrachtet.<sup>33</sup> Im XIV. Jahrhundert tritt der Landesrichter schon auch in Sachen der Städte und anderer privilegierten Gemeinden regelmässig als Richter der *praesentia regia* auf.<sup>33a</sup> In 1368 verbietet István Bebek Landesrichter „mit königlichen Wort“ (verbo regio) den hospites von Gölnitz den Gebrauch gewisser Güter<sup>34</sup> und in 1384 lesen wir über den Landesrichter Miklós Szécsi im Zusammenhang mit einem Prozess gegen den *Bürger von Kaschau*, namens Hanko, dass er alle in Anwesenheit der Königin verhandelten Prozesse nach der Gewohnheit des Landes als Richter der königlichen Kurie zu Ende führen müsse.<sup>35</sup> Imre Bebek, der später den Landesrichterstuhl von Miklós Szécsi besetzte, sagt in 1390 über einen Bürger, der in der obigen



Sache seine Beweise ihm nicht vorgezeigt hatte, dass er seine Dokumente „*in praesentia iudicis sui ordinarii*“ nicht unterbreitete.<sup>36</sup>

Unsere Angaben modifizieren die Auffassung von Imre Szentpétery jun., wonach im XIV. Jahrhundert der Herrscher nur ad hoc, gelegentlich den Tavernikalmeister oder jemand anderen zur Gerichtsbarkeit in städtischen Angelegenheiten delegierte.<sup>37</sup> Freilich kamen auch gelegentliche Aufträge vor, aber die bisher gezeigten und noch zu behandelnden Quellen zeigen, dass für die Sachen der Städte und der privilegierten Gemeinden in der Praxis das Gericht der königlichen Kurie zuständig war. Dieses königliche Gericht hatte verschiedene Leiter (mit modernem Wort: Präsidenten), vor denen allen als Richtern in Vertretung des Königs die Prozesse die vor die königliche Anwesenheit geladen waren, verhandelt werden – konnten.<sup>38</sup> Jene die seltener das Richteramt ausübten, wurden wahrscheinlich gelegentlich vom König beauftragt, der Landesrichter und Tavernikalmeister *urteilten aber ohne gelegentlichen Auftrag oder Delegierung regelmässig* zusammen mit ihren Richterkollegen aus der Reihe der einflussreicheren Adligen in der königlichen Kurie. Wie es sich im weiteren zeigt, konnten Bürger sowohl vor dem Tavernikalmeister, wie auch vor dem Landesrichter geklagt werden, aber der König konnte mit der Beurteilung der Sache ausgesprochen den Tavernikalmeister oder den Landesrichter beauftragen, oder aufgrund der mittelalterlichen ungarischen Rechtsparaxis auch eine Person, die unter normalen Umständen nicht als Richter der königlichen Anwesenheit zu betrachten war. In der Mehrzahl der Fälle urteilt schon zu Beginn der Tavernikalmeister über die Bürger. Das folgt in erster Reihe daraus, dass er auch sonst der Vorsteher der Städte war, die auf den königlichen Gütern gegründet wurden und sozusagen das „Privateigentum“ des Herrschers bildeten. Aufgrund der feudalen Denkungsweise war es also schon von Beginn an seine Gerichtsbarkeit am handlegendsten, die sich bis Ende des XIV. Jahrhunderts allmählich ausdehnte, immer mehr sich verallgemeinerte. Dieses Allgemeinwerden seiner Richterfunktion wurde offensichtlich auch durch den Umstand gefördert, dass der im Namen der königlichen Anwesenheit zu dem Tavernikalmeister parallel verführende andere Richter, der Landesrichter als Richter der königlichen Kurie (*iudex curiae regiae*) mit richterlicher Zuständigkeit über sämtliche Landesbewohner bekleidet war und ständig Prozesse in sehr grosser Zahl vor ihm geführt wurden. Die grosse Zahl der vor dem Landesrichter eingeleiteten (adeligen) Prozesse hatte zur Folge, dass sich die einzelnen Sachen sehr in die Länge zogen, deshalb konnten die Klagen gegen Bürger innerhalb einer Gerichtsoktave viel schneller beim Tavernikalstuhl als vor dem Landesrichter verhandelt werden.<sup>39</sup>

Im Zusammenhang mit dem parallelen Verfahren des Landesrichters und Tavernikalmeisters taucht die Frage auf, ob die Zuständigkeit des Tavernikalmeisters und des Landesrichters über die Städte und privilegierten Gemeinden voneinander getrennt werden kann. Eine eindeutig sichere Antwort können wir aufgrund der nicht allzu grossen Zahl der zur Verfügung stehenden Daten auf die Frage nicht geben. Es gibt zwar solche Gemeinden, deren Bewohner im allgemeinen vor dem Tavernikalmeister und nie vor dem Landesrichter beklagt werden,<sup>40</sup> in anderen Fällen gaben wir nur über Prozesse vor dem Landesrichter Kenntnis.<sup>41</sup> (Leider beziehen sich diese letzteren nur auf Einzelfälle, andere Angaben haben wir bisher nicht gefunden). Es kommt



öfters vor, dass eine Gemeinde vom Landesrichter in die Kompetenz des Tavernikalstuhls,<sup>42</sup> oder umgekehrt<sup>43</sup> kam. In andere Fällen, insbesondere dort, wo mehrere Urkunden bekannt sind, schwankt die Praxis.<sup>44</sup> Wenn auch die Privilegien der privilegierten Gemeinden die Gerichtsbarkeit des Tavernikalmeisters öfters vorschreiben, in der Praxis sind die Privilegierten ziemlich selten bemüht, dieser Vorschrift in einzelnen konkreten Rechtsfällen gegenüber dem Landesrichter Geltung zu verschaffen. Beide grosse Kurialrichter vertreten ja den König, so genügt ihnen vorläufig die prinzipielle Garantie des Privilegs, dass sie nicht vor einen örtlichen, ihnen gegenüber eindeutig die adeligen Interessen vertretenden Richter kommen. Die Kläger aber kennen offensichtlich nicht die Privilegien der einzelnen Ortschaften, deshalb klagen sie die Bürger vor dem Landesrichter.

Gefällt aber ihnen die Rechtssprechung des Landesrichters nicht, oder kommt es öfters vor, dass Bürger vor dem Landesrichter geklagt werden, die aufgrund ihres Privilegs berechtigt sind, vor dem Tavernikalmeister im Prozess zu liegen, so protestieren bereits die Bürger, damit die wiederholte Urteilsfällung des Landesrichters nicht ihr Privileg schädige. So urteilte z. B. über die Bürger von Ödenburg der Landesrichter öfters auch dann, als sie die richterliche Kompetenz des Tavernikalmeisters in 1366<sup>45</sup> und 1371 wiederholt betonten.<sup>46</sup> Nach einem schriftlichen königlichen Befehl an den Landesrichter Jakab Szepesi in Februar 1378 beklagten sich die Bürger von Ödenburg, dass „*ipsi saepe saepius vestri in praesentiam (=Jakab Szepesi) contra libertates dictae civitatis per praedecessores nostros et nos (=der König) datas et gratiose concessas evocarentur et citarentur in eorum damnum et praeiudicium libertatum et gratiarum dictae civitatis*“<sup>47</sup> Wie es scheint, haben die Bürger von Ödenburg eine Zeit lang die Streitverkündung vor dem Landesrichter geduldet und sie beklagten sich deshalb nur später. Jedenfalls zeigt ein Dokument des Kapitels von Raab vom Mai desselben Jahres, dass ein Adeliger in der Sache der *Possessio Balf* die Bürger von Ödenburg wieder vor dem Landesrichter Jakab Szepesi klagte.<sup>48</sup> (Wenn auch dieser lange Prozess noch vor dem schriftlichen Befehl des Königs an den Landesrichter, worin er auf die Privilegien der Bürger von Ödenburg gemahnt wurde, begann, so wurde der Prozess auch noch nach Februar fortgesetzt.) Eine sichere Beurteilung der Frage wird dadurch erschwert, dass im Frühjahr 1378 kein Tavernikalmeister war und die Gerichtsbarkeit über die Städte wurde von Jakab Szepesi Landesrichter und Stadtrichter ausgeübt. (Die eingehende Beschreibung seiner Tätigkeit siehe weiter unten. Da die königliche Stadtrichterfunktion von Jakab Szepesi in 1378 bereits beendet war, ist es möglich, dass der schriftliche Befehl des Königs schon als ein Vorzeichen der bevorstehenden Umorganisation zu betrachten ist.) Jedenfalls scheint es sicher zu sein, dass der Landesrichter trotz der Privilegien, die die Bürger vor den Tavernikalmeister wiesen, die Rechtssprechung in Sachen der Städte fortsetzte. Vor Ende des Jahrhunderts kann kaum die richterliche Kompetenz des Tavernikalmeisters und des Landesrichters voneinander getrennt werden.

Da die Ausbildung des Tavernikalstuhles und die Funktion des königlichen Tavernikalmeisters im XIV. Jahrhundert in den erwähnten Werken von Boreczky und Szentpétery jun. dem Wesen nach richtig skizziert wurden, gehen wir im weiteren auf die richterliche Tätigkeit des Tavernikalmeisters nur dort näher ein, wo es zwecks Vergleich, der zu Erörterung der Landes-



richterfunktion notwendig ist, begründet wird. Wir möchten eher die Tätigkeit des Landesrichters, der nach dem Tavernikalmeister in Sachen der Städte und der privilegierten Gemeinden im Namen der königlichen Anwesenheit am häufigsten vorging, eingehend analysieren.

Das XIV. Jahrhundert kann hinsichtlich der Rechtssprechung des Landesrichters über die Städte auf drei grosse Abschnitte geteilt werden. Der erste Abschnitt dauert bis 1375 und ist durch die parallele Rechtssprechung des Tavernikalmeisters und des Landesrichters charakterisiert. Der zweite Abschnitt ist die kurze aber umso bedeutendere Periode von 1375 bis 1378, wo die Regelung der Gerichtsbarkeit über die Städte und deren Bürger versucht wird. Für den dritten Abschnitt (von 1379) ist parallel zur Ausbildung der Organisationsformen des Tavernikalstuhles ein gewisser Rückzug der Kompetenz des Landesrichters über die Städte charakteristisch.

### 1. Periode der parallelen Rechtssprechung des Landesrichters und des Tavernikalmeisters

Vor dem Landesrichter wurde eine Stadt oder privilegierte Gemeinde als Körperschaft meistens in Besitzsachen geklagt. In 1349 mussten die königlichen Hospites von Mindszent deshalb vor dem Landesrichter Pál erscheinen, weil sie bei der Feldbegehung der benachbarten adeligen Güter einer Statution widersprachen.<sup>49</sup> Aus ähnlichem Grund wurde auch ein anderer Prozess vor dem Landesrichter István Bubek im Jahr 1365 verhandelt, als der Donation eines Grundbesitzes (*possessio*) im Komitat Bereg die Bewohner des Gutes widersprachen und sich als adelige Hörige des Burges Bereg bezeichneten, aber die Ermittlung auf Ansuchen des Landesrichters auf der *proclamata congregatio* des Komitats das nicht erwies.<sup>50</sup> In dieser Beziehung ist der Prozess der Leute von Bereg zugleich ein „Statusprozess“, d. h. ein Prozess, der über den gesellschaftlichen Stand entschied. In anderen Fällen wendeten sich die Adeligen deshalb an den Landesrichter, dass den Bürgern der ihrer Klage gemäss widerrechtliche Gebrauch gewisser adeligen Grundstücke verboten werde.<sup>51</sup> Wenn auch in der königlichen Kurie auch ein anderes Organ, das eine Tätigkeit als glaubwürdiger Ort ausübte, funktionierte, eine *Prohibition* hatte doch einen grösseren Nachdruck, wenn es vor dem Richter der prohibierten Person erfolgte. Bei Streitsachen gegen Bürger im Zusammenhang mit Grundbesitz kam es auch vor, dass der Landesrichter die Bürger wegen unrechtmässigen Erwerbs des bestrittenen Grundes zur Zahlung einer Geldbusse verpflichtete.<sup>52</sup> Bei derartigen Prozessen (im Zusammenhang mit Grundbesitz) ging der Landesrichter im allgemeinen vor, als ob die Stadt bzw. privilegierte Gemeinde über dieselben Rechte verfügte, wie die anderen adeligen Beklagten von Streitsachen zwischen Adeligen, die vor ihm verhandelt wurden.<sup>53</sup> Das ist auch daran gut zu beobachten, dass der Landesrichter István Bubek betreffs einer Eigenmächtigkeitsklage gegen Hospites mit dem Organ, das in ähnlichen Sachen der Adeligen zu verfahren pflegte, mit dem glaubwürdigen Ort Ermittlungen durchführen lässt.<sup>54</sup> Wenn der Kläger, der einen bürgerlichen Beklagten vor den Landesrichter laden lässt, nicht erscheint, so verurteilt er den fernbleibenden Kläger zu einer doppelten Geldbusse, wie es in Prozessen von Adeligen untereinander in



ähnlichen Fällen im allgemeinen üblich ist.<sup>55</sup> Der Landesrichter unterscheidet also beim Gerichtsverfahren nicht zwischen den Parteien verschiedener Gesellschaftsklassen. Die Richterkollegen der Prozesse zwischen Adeligen und Bürgern waren ebenso die in der königlichen Kurie am Richterstuhl des Landesrichters teilnehmenden Adeligen, wie bei der Rechtssprechung zwischen adeligen Parteien: auch in diesem Fall treten die in der königlichen Kurie sich aufhaltenden Vornehmen des Landes als Richterkollegen auf.<sup>56</sup>

Auch ist die Zahl jener Streitsachen vor dem Landesrichter nicht gering, wo die Kläger Bürger sind, die Beklagten aber Adelige. Dass solche Prozesse vor dem Landesrichter verhandelt wurden, ist scheinbar nichts besonderes denn es ist ja bekannt, dass der Landesrichter in erster Reihe der Richter in Sachen der Adeligen war. Wird aber die Zahl solcher Prozesse vor dem Landesrichter mit der Zahl der Prozesse vor dem anderen allgemeinen Richter des Adels, dem Palatin, verglichen, so ist es zu sehen, dass die Bürger die Adelige viel lieber vor dem Landesrichter, als vor dem Palatin klagten. Wir wollen damit nicht jene Ansicht von Szentpétery jun. bezweifeln, dass die Städte schon seit dem XIV. Jahrhundert lieber vor ihrem eigenen Stadtgericht bzw. vor dem Gericht ihrer Mutterstadt, als vor dem Gerichtshof des Palatins, des Landesrichters und des Tavernikalmeisters ihre Prozesse führten,<sup>57</sup> wir behaupten bloss, dass es für sie günstiger war, vor dem Landesrichter, der mit dem König enger verbunden war und die städteschützende Politik des Herrschers stärker in Betracht nahm, als vor dem Palatin ihre Prozesse zu führen. (Gegenüber dem Landesrichter sprach bloss für den Palatin, dass bei einer generalis congregatio der Palatin an Ort und Stelle kam, vor dem Landesrichter aber auf den Sitz der königlichen Kurie fahren musste, dieser Vorteil wurde aber dadurch wettgemacht, dass der Palatin die komplizierteren Prozesse auf der Gerichtsversammlung nicht beenden konnte und der Prozess in der palatinalen Kurie fortgesetzt wurde.<sup>58</sup> Es ist für die Beziehung des Landesrichters und des Königs, sowie für die bei der Rechtssprechung des Landesrichters zu beobachtende städteschützende Politik die Berufung des Probstes und Kapitels von Gran an den Papst in einem Prozess gegen die Bürger von Gran charakteristisch, wo darüber geklagt wird, dass der König in Sachen der Bürger *in einer Person als Kläger und als Richter vorgegangen ist* (die Kläger im Prozess waren die Bürger von Gran; der Richter war der Landesrichter) und der Richter der königlichen Anwesenheit, der Landesrichter, auch die falsche Urkunde der Bürger akzeptierte, während er das nach ihnen glaubwürdige Privileg des Kapitels nicht zurückgeben wolle, weshalb der Landesrichter als ein „verdächtiger“ Richter zu betrachten sei<sup>59</sup>. — Wenn wir auch die offenbar subjektive Einstellung des sachfälligen Kapitels in Betracht nehmen, ist es aus der Abfassung der Urkunde nicht daran zu zweifeln, dass zwischen dem König und den Städten eine sehr enge Beziehung war, andererseits, dass der Landesrichter, als Richter der königlichen Anwesenheit stark die Interessen des Königs vertrat und es auch gegenüber der eventuell entgegengesetzten Meinung der anwesenden adeligen Richterkollegen zur Geltung bringen konnte. Das enge Verhältnis zwischen König und Landesrichter und die Vertretung der königlichen Interessen beim Stuhl des Landesrichters war wahrscheinlich mit kleineren Schwankungen eine Erscheinung, die sich im ganzen Jahrhundert zeigte.



Die Prozesse der Bürger und der Einwohner der privilegierten Gemeinden, die vor dem Landesrichter gegen Adelige eingeleitet wurden, stehen grösstenteils ebenfalls mit Besitzangelegenheiten in Verbindung. Eine Urkunde aus 1324 gibt bekannt, dass die *possessio* von Zeuleus nach dem Urteil des Landesrichters Lampért zwischen dem Stadtrichter und den Bürgern von Pressburg einerseits und Meister Sebes andererseits aufzuteilen ist. Die Sache ist auch hinsichtlich der Geschichte des Prozessrechtes interessant, weil es beweist, dass für die Feldbegehung – nach entsprechender Begründung – ein Aufschub gewährt werden konnte. Als nämlich die Vertreter des Königs und des glaubwürdigen Ortes an Ort und Stelle ankamen und beim bestrittenen Feld die Grenze ziehen wollten, teilte ihnen Meister Sebes mit, dass er unklare Angelegenheiten zu reinigen habe, deshalb bat er um einen anderen Termin für die Feldbegehung und für die Aufteilung des Gutes. Er hat auch diesen neuen Termin nach gemeinsamer Vereinbarung erhalten und dann erhielt Sebes vom bestrittenen Feld 12 Aratren.<sup>60</sup> In 1344 forderte der Landesrichter im Prozess der Bewohner von Mezósomlyó gegen die Familie Himfi die Adligen zur Vorlage ihrer Urkundenbeweise auf.<sup>61</sup> Auch ein Prozess, den ein Hospes vor der Komitatsbehörde eingeleitet hatte, konnte vor den Landesrichter kommen, wie es eine Urkunde aus 1350 bezeugt. Hier erschien aber der Kläger am anberaumten Termin nicht, so dass der Landesrichter ihn zur Bezahlung einer königlichen Busse verurteilte.<sup>62</sup> (Also war nicht nur der adelige Kläger gegen einen *hospes* oder *civis*-Beklagten im Falle des Nichterscheins von einer königlichen Busse bedroht. Ein *hospes*-Kläger wurde vom Landesrichter ebenso bestraft.) Da es üblich war, die bei der Feldbegehung der einzelnen Güter widersprechenden Personen zum Gericht der königlichen Anwesenheit, das der Landesrichter hielt, vorzuladen, konnten auch Adelige, die bei der Feldbegehung der Städte widersprachen, infolge ihrer *contradictio* als Beklagte vor den Landesrichter kommen.<sup>63</sup>

Wegen der Mangelhaftigkeit des bezüglichen Hinweises wissen wir nicht, ob die Bürger von Ödenburg in jener Sache Kläger oder Beklagte waren,<sup>64</sup> die vom Bischof von Raab, Kálmán, in 1355 erwähnt wurde und in der die Bürger: „in praesentia iudicis curiae regie convicti extiterant“.<sup>65</sup> Im Falle von Prozessen im Zusammenhang mit Bodenbesitz sind jene Fälle von besonderem Interesse, wo *einzelne reiche Bürger in Sachen ihres eigenen Besitzes* vor dem Landesrichter stehen.<sup>66</sup> In solchen Fällen führen die Bürger immer in eigenem Namen bezüglich ihrer Privatbesitze oft weit entfernt von ihrer Stadt den Prozess, also es handelt sich nicht von einer Sache der Stadt. Es ist verständlich, dass in solchen Fällen im Prozess einer Bürgers, der als „*homo possessionatus*“, ja sogar als Adelliger den benachbarten Adeligen gegenübersteht, beinahe ausschliesslich der Landesrichter vorgeht. Dagegen ist es interessant, dass auch die vermögenden, über Grundbesitz verfügenden Bürger ihre Stadt nicht im Stich lassen: in jeder Prozesshandlung werden sie als *civis* bezeichnet und auch die Stadt wird in der Urkunde genannt. Die bezüglichen Daten sind in gesellschaftshistorischer Hinsicht deshalb von Interesse, weil sie die schon ursprünglich vorhandenen Bestrebungen der Patrizier der Städte zum Erwerb feudaler Güter zeigen. Hinsichtlich unseres Themas ist diese dünne Grundbesitz erwerbende „bürgerliche“ und zugleich Gutsbesitzerschicht deshalb interessant, weil sie durch ihre „doppelte“ Rechtslage das Zusammenziehen der adeligen



und städtischen Angelegenheiten vor einem Richterstuhl in den 1370-er Jahren fördern konnte. Es wirkten wahrscheinlich ebenfalls in Richtung der Reformpläne bezüglich des Zusammenziehens der adeligen und städtischen Angelegenheiten die städtischen Besitzerwerbe der Adeligen<sup>67</sup> und die Ehen zwischen Adeligen und Bürger<sup>68</sup> deren Folge eine gewisse Vermischung der in adeligem bzw. in bürgerlichem Besitz befindlichen Güter war. Derartige Beziehungen konnten auch manchmal zu einer Vermischung des Geltungsbereichs des städtischen und Landesrechts führen.<sup>69</sup>

Die Tatsache, dass die richterliche Kompetenz über die Städte, sowohl vom Landesrichter, wie auch vom Tavernikalmeister ausgeübt wurde, gab zu weiteren Schwankungen Anlass. Darauf weist jene interessante Urkundenserie hin, die in 1347 von den Vornehmen des Landes über ein unter Vorsitz des Tavernikalmeisters gemeinsam gefälltes Urteil im bekannten Prozess des Kapitels von Gran gegen die Stadt bezüglich der Zollzahlung herausgegeben wurde.<sup>70</sup> Wie bekannt, verurteilte nicht nur der königliche Tavernikalmeister Oliver zur Zollzahlung die Bürger von Gran, sondern am selben Tag erliessen auch der Tavernikalmeister der Königin, namens Pál, der Kastellan von Csejte und Gespan von Neuburg, Meister Tamás Rufus, der Bischof von Erlau, Miklós und der Bischof von Tschanad Gergely, ähnliche Urkunden.<sup>71</sup> Wir wissen, dass die Königin im Prozess die Bürger unterstützte, so war offensichtlich die gemeinsame Verantwortung gegenüber dem Zorn der Königin die Ursache dieser alleinstehenden Erscheinung im Prozessrecht des Zeitalters,<sup>72</sup> aber die Tatsache selbst der parallelen Ausfolgung der Urkunden weist doch auf die Ungeregeltheit der Gerichtsbarkeit der Städte hin. Im Zeitalter des Feudalismus kam es sogar bei ausgebildeter richterlichen Kompetenz vor, dass der Herrscher jemanden in einer gewissen Sache mit der Urteilsfällung beauftragte. Solche königliche Aufträge waren verhältnismässig selten, nur politisch wichtige Prozesse dienten als Ursache.<sup>73</sup> Eher die Parteien selbst pflegten „private Richter“ wählen, die Gerichte des Königs förderten es zwar nicht, aber sie genehmigten es.

Die Entwicklung des gesellschaftlich-wirtschaftlichen Lebens des XIV. Jahrhunderts machte immer mehr die Entwicklung der Gerichtsbarkeit über die Bürger notwendig. Zuerst wurde die *iurisdictio* über — vor allem in Städten wohnende-Personen geregelt, die hinsichtlich der Finanzwirtschaft des Landes auf wichtigen Posten Dienste leisteten. So kam es zur Regelung der richterlichen Kompetenz über die Personen, die in den Kammern arbeiteten. Der mit Meister Ipolit in 1335 abgeschlossene Kammervertrag entzieht aufgrund der „alten Freiheit“ der Kammern die Offizialen und Servienten des Kammergespans der Kompetenz jedes Richters und weist die Rechtssprechung über sie in die richterliche Kompetenz des Kammergespans. Wenn der Kammergespan kein Recht spräche, so wird der königliche Tavernikalmeister mit der Gerichtsbarkeit betraut.<sup>74</sup>

Auch die *iurisdictio* über die Zollbeamten, die hinsichtlich der königlichen Finanzverwaltung einen wichtigen Posten bekleideten, wurde geregelt. In 1374 verordnete König Ludwig, dass gegen die königlichen Zollbeamten an der Donau, die eine den Bürgern von Pressburg gewährte Zollbegünstigung nicht beachteten (*tributarios... et officiales tributorum nostrorum*) der Prozess vor dem Bischof von Waitzen, János, Schatzmeister des Königs, eingeleitet werde.<sup>75</sup>



Alle diese Regelungsversuche regelten aber bloss die Jurisdiktion über einzelne Gruppen der Finanzverwaltung entsprechend dem Familiaritätssystem und bezeichneten noch in einzelnen Fällen eine nicht einheitliche Berufungsinstanz. Die entscheidende Mehrzahl der Prozesse gegen die Bürger wurde in den Gerichten zweiter Richter, des Tavernikalmeisters und des Landesrichters, verhandelt. Erst im Laufe der kurialen Reformen der 1370-er Jahre erfolgte der erste sorgfältig vorbereitete Versuch einer konsequenten Regelung der Jurisdiktion über die Städte.

## 2. Erster Versuch der Regelung der Jurisdiktion über die Städte. Jakab Szepesi als Stadtrichter

(1375–1378)

Bis 1370 erreichte die Entwicklung der Städte in Ungarn bereits einen so hohen Grad, dass die Städte in den Augen einzelner Politiker potentielle Verbündete der Zentralgewalt wurden. König Ludwig benötigte im letzten Jahrzehnt seiner Herrschaft schon jeden möglichen politischen Verbündeten. Die grosse Summen verschlingenden Neapel-Feldzüge entleerten die königliche Schatzkammer und die zweite und dritte Generation der zu Karl Robert noch treuen neuen Aristokratenfamilien war kein so bereiter Bediener der Politik der Zentralgewalt, wie vor einer Generation die Väter und Grossväter. Die Positionen der Grossgrundbesitzer-Interessengruppen wurden stärker. Zwecks Verhütung einer politischen Explosion und im Interesse einer wirksameren Zusammenfassung der eigenen Kräfte entschloss sich die Zentralgewalt zu mehreren Kurialreformen. Vor allem wurde versucht, das Verhältnis zu den Grossgrundbesitzermittgliedern des königlichen Rates auf neue Grundlagen zu legen.<sup>76</sup> Dabei wurden auch in der Gerichtsorganisation wichtige Änderungen durchgeführt.<sup>77</sup> Im Mittelpunkt der Reformen, die auch von König Ludwig unterstützt wurden, standen zwei weitblickende Anhänger des Königs: der Kanzler Demeter<sup>78</sup> und der Landesrichter Jakab Szepesi, der aus Kurialnotar niederer adeliger Abstammung aufgrund seines hervorragenden Talents einer der wichtigsten Würdenträger des Landes wurde.<sup>79</sup> In der Reihe der Kurialreformen spielte jener Reformversuch eine grosse Rolle, der die Zusammenfassung der Jurisdiktion über die Adligen und die königlichen Städte und das Errichten eines königlichen Stadtgerichtes für das ganze Land unter Vorsitz des Landesrichters zum Ziele hatte. Die Reform konnte sowohl durch politische als auch durch gerichtsorganisatorische Gründe motiviert werden. Die Zentralgewalt sah die Zeit gekommen, dass die seit Anfang des Jahrhunderts eine grosse Entwicklung durchgemachten königlichen Städte institutionell vor dieselbe Gerichtsinstanz gewiesen werden, wie die Adligen, und durch diese in der Jurisdiktion zum Ausdruck gebrachten „Rangerhöhung“ gegenüber dem Bürgern der Städte eine ernste politische Geste gemacht werde. Auf den wichtigsten gerichtsorganisatorischen Gesichtspunkte, der die Regelung begründete, auf die Ungeregeltheit der Jurisdiktion über die Städte, haben wir bereits hingewiesen. Auch andere Momente wirkten in Richtung der Vereinigung der Gerichtsbarkeit, so jene Tatsache, dass auch in Prozessen gegen Bürger vor dem Landesrichter dieselben glaubwürdigen Örter vorgingen, die



bei der adeligen Gerichtsbarkeit in Anspruch genommen wurden (zwecks inquisitio, evocatio usw.), dass sich die adeligen und bürgerlichen Besitze häufig vermischten, ja sogar fallweise das städtische und Landesrecht nicht einheitlich geltend gemacht wurde, wie wir es oben nachgewiesen haben. Dabei wirkte wahrscheinlich in Richtung der Vereinigung der beiden Gerichtsinstanzen auch die Tatsache, dass sich die Gerichtspraxis des Tavernikalmeisters nicht allzusehr von der des Landesrichters unterschied. Bis zu den 80-er Jahren des XIV Jahrhunderts urteilte auch der Tavernikalmeister mit adeligen Richterkollegen,<sup>80</sup> ebenso wie der Landesrichter und nahm ebenfalls die glaubwürdigen Örter in Anspruch bei Prozessen gegen Bürger.<sup>81</sup> Wie es Lajos Kumorovitz nachgewiesen hat, bewies das Landesrichteramts; das über einen selbständigen Aufgabenkreis und eigene Kanzlei verfügte und ein Hofgericht wurde, seine enge Beziehung zum König neben der Benennung, „*praesentia regia*“ auch dadurch, dass die erste *Evokation im Namen des Königs* unter seinem Siegel ausgefolgt und auch auf *die weiteren Evokationen der Bericht an den König gefordert wurde*, den die glaubwürdigen Örter tatsächlich *an den Herrscher, adressierten*.<sup>82</sup> Im der evocatorialis des königlichen Tavernikalmeisters János die er Mitte August 1371 an das Kapitel von Erlau adressierte, ist vollkommen dasselbe Verfahren zu beobachten, das Kumorovitz in der Urkundenpraxis des Landesrichters beobachtet hat.<sup>83</sup> Wie es aus der Urkunde gerausgeht, wurde *die erste Evokation im Namen des Königs* abgefasst, der *Bericht wurde an den König* gebeten, die zweite Evokation wurde bereits vom Tavernikalmeister (in seinem eigenen Namen) ausgefolgt und *lud wieder in Anwesenheit des Königs* die bei der ersten Ladung *vor ihm* nicht erschienenen Bürger von Emend. Es ist also festzustellen, dass die Gerichtsbarkeit des Landesrichters und des Tavernikalmeisters in Sachen der Bürger am Vorabend der Reformen der 70-er Jahre vollkommen analog war, das in amtlicher Hinsicht ein weiteres wichtiges Argument der Umorganisation, d. h. der Vereinigung der Sachen der Städte vor einer Gerichtsinstanz sein konnte. Die Umorganisation wurde dennoch nicht ohne politische Kämpfe durchgeführt. Die Person von Jakab Szepesi verursachte den Zusammenstoß ernster politischer Interessen schon bei seiner Erhebung in den Landesrichterstuhl (Ende Sommer 1372) und nach kurzer Tätigkeit als Landesrichter musste er in Januar 1373 für eine kurze Zeit die Landesrichterpürde ablegen und konnte erst nach der einige Monate wärenden Tätigkeit von Péter Zudar wieder zurückkehren. Auch die nach der Bekräftigung der Landesrichterposition von Jakab Szepesi eingeleitete Stadtrichterreform kam in den Mittelpunkt von Parteikämpfen. Es ist sehr interessant, dass die Reform zeitlich mit der Änderung in der Palatinswürde nach dem Tode von Imre Lackfi übereinfiel, als der Anhänger der Königin, namens Miklós Garai, diese wichtige Würde besetzte.<sup>84</sup> Wahrscheinlich ging der Einführung der Reform des Sturz des königlichen Tavernikalmeisters János voran. Darin hatte höchstwahrscheinlich jenes Urteil mitgespielt, worin der Tavernikalmeister die Bürger von Kashau gegenüber dem Kreuzrittermeister von Szepes unterliegen liess, und ein bestrittenes Haus den Kreuzrittern urteilte, wodurch er die Bürger von Kaschau, alte Verbündete der Anjous, schwer traf.<sup>85</sup> Zu dieser Zeit durfte bereits die Landesrichterposition von Jakab Szepesi bereits genug fest sein und er erwarb sich auch das Vertrauen der Baronen — zumindest einer Gruppe von ihnen.<sup>86</sup> Vom 13.



Oktober 1375 begann Jakab Szepesi neben seinem Titel als Landesrichter auch einen neuen Titel in der Intitulation seiner Urkunden zu gebrauchen, der sich auf die Gerichtsbarkeit über die königlichen Städte bezieht.<sup>87</sup> Der neue Titel schwankt zuerst noch stark,<sup>88</sup> manchmal wird es nicht einmal angegeben.<sup>89</sup> Es ist interessant, dass das Erscheinen des Titels des Stadtrichters wahrscheinlich nicht sofort mit der Abschaffung der Würde des Tavernikalmeisters verbunden war. Ein von Fejér aus der Sammlung in Handschrift von Kaprinai mitgeteiltes Namensverzeichnis der Würdenträger nennt János am 26. Januar 1376, also drei Monate nach Beginn der Stadtrichterwürde von Jakab Szepesi Tavernikalmeister. Das bedeutet, dass die Tavernikalmeisterwürde ohne der bis dahin oft ausgeübten Gerichtsfunktion die Organisierung einer Stadtrichterwürde überlebte.<sup>90</sup> Was die Tätigkeit des Tavernikalmeisters János nach der Organisierung der Stadtrichterwürde war, können wir mangels an bezüglichen Daten nicht wissen, und da sich bis zu dieser Zeit auch die königliche Schatzmeisterwürde ausbildete,<sup>91</sup> ist es leicht möglich, dass János bis zu seinem bald erfolgten Tode<sup>92</sup> eine kurze Zeit hindurch seinen schön klingenden Titel ohne ernstesten Wirkungskreis trug. In Mai 1376 ist in einer königlichen Urkunde über eine Donation im Komitat Trencsén in der Reihe der Würdenträger Jakab Szepesi als Landesrichter und Tavernikalmeister angegeben.<sup>93</sup> Da wir in anderen Urkunden keine Spur der Benennung von Jakab Szepesi als Tavernikalmeister finden, ist es anzunehmen, dass dieser nach dem Landesrichtertitel geschriebene Tavernikalmeistertitel nach dem Tode von János Dunajeci deshalb zu seinem Namen geschrieben wurde, weil der Verfasser der Urkunde die Funktion des in Sachen der Städte häufiger urteilenden Tavernikalmeisters näher dem Stadtrichtertitel wählte, als den Titel des in ähnlichen Sachen auch oft vorgehenden Landesrichters und deshalb dachte, dass Jakab Szepesi nach dem Tode des Tavernikalmeisters seinen Stadtrichtertitel mit dem vornehmer klingenden Tavernikalmeistertitel vertauschen wird. Es ist interessant, dass auch die Bürger von Agram unempfindlich gegenüber dem Stadtrichtertitel von Jakab Szepesi und der dahinter verborgenen Gerichtsreform blieben: in 1376 liessen sie unter der Relation von Jakab Szepesi (!) jenes Recht bekräftigen, dass sie nur mit der Evokatorialis des Königs oder des Tavernikalmeisters in die königliche Kurie geladen werden können.<sup>94</sup> Die Bürger hielten offensichtlich deshalb an dem Tavernikalmeister in diesem Fall fest, weil in ihrem Privileg das Gericht des Tavernikalmeisters als Gerichtsinstanz genannt war und sie Angst hatten, dass sie unter dem Vorwand der Umorganisation vor einem Richter kommen, der ihre Interessen und die des Königs nicht in Betracht zieht. In dieser Beziehung durfte die Tatsache, dass in den Privilegien häufig ein Hinweis auf die Gerichtsbarkeit des Tavernikalmeisters vorhanden war, die Organisierung der Stadtrichterwürde ernst hindern. Das wusste natürlich auch Jakab Szepesi. Die Tatsache aber, dass er in der Intitulation seiner eigenen Urkunden niemals Tavernikalmeister genannt wird, lässt darauf schliessen, dass ihn andere Vorstellungen leiteten, als die Notare der Kanzlei oder gar die Bürger von Agram, die gegenüber seinen Plänen kein Verständnis hatten. Was die Vorstellung von Jakab Szepesi und der mit ihm tätigen Reform war, wird kaum jemals genau aufgeklärt werden können. Die Untersuchung seiner Tätigkeit als Stadtrichter und des Gebrauchs seines Siegels ermöglicht aber die Aufstellung einer annehmbaren Hypothese auch in dieser



Beziehung. In den vor ihm gegen Bürger eingeleiteten Prozessen finden wir sowohl adelige — und zwar kirchliche<sup>95</sup> und weltliche<sup>96</sup> —, als auch bürgerliche Kläger<sup>97</sup>. Auch die Beklagten können persönlich einzelne Bürger sein,<sup>98</sup> aber häufiger wird gegen die Stadt als Gemeinschaft ein Prozess eingeleitet.<sup>99</sup> Am häufigsten sind die Prozesse in Grundbesitzangelegenheiten der Städte,<sup>100</sup> aber es gibt einige charakteristische Fälle, wo der Privatbesitz nicht der Stadt als Gemeinschaft, sondern einzelner reicher Bürger der Prozessgegenstand ist. So führte z. B. Miklós Jekelfalvai in 1377 deshalb einen Prozess gegen mehrere (dem Namen nach angegebene) Bürger von Schemnitz, weil diese die Hälfte seines Gutsbesitzes namens Koysfalva besetzten.<sup>101</sup> Die Tatsache, dass die Bürger in eigenem Namen wegen der Besetzung eines adeligen Gutes geklagt wurden, weist darauf hin, dass es sich auch hier — wie wir es im Zusammenhang mit ähnlichen Prozessen des vorangehenden Kapitels gezeigt haben — um Sachen von *homo possessionatus* handelt. Auch das weist darauf hin, dass ein Advokat, der mit der prorogatorialis des Kapitels von Szepes erschien, und nicht ihre Stadt sie vor dem Landesrichter vertrat, und sie besaßen auch offensichtlich Urkunden über Koysfalva, weil der Landesrichter sie aufforderte, diese vorzuzeigen. Es ist interessant, dass Miklós Jekelfalvai in einem ähnlichen diesmal gegen einzelne ebenfalls mit Namen genannte Bürger von Gölnitz eingeleiteten Prozess nicht wegen Besetzung des Grundes sondern dessen Erträge klagte. Aus dem Text geht es aber nicht hervor, ob der Prozess wegen des Eigentumsrechtes oder des Besitzes des Gutes eingeleitet wurde.<sup>102</sup>

Der Grenzstreit zwischen der Familie Rozgonyi und den Bürgern von Kaschau wird aber nicht gegen einzelne Bürger sondern gegen die ganze Stadt geführt. Die Sache ist auch in prozessrechtlicher Hinsicht interessant, indem der Prozess noch auf der generalis congregatio des Palatins László Opolei in 1370 eingeleitet wurde und Jakab Szepesi, zu der Zeit noch Protonotar des Palatins, sich schon einmal damit befasste. (Es wurde ein königlicher Befehl an ihn gerichtet.) Die Sache wurde vor die besondere königliche Anwesenheit, bzw. in seinem Namen verhandelnden Palatin vertagt,<sup>103</sup> und vom Palatin kam es diesmal vor den nun schon Landesrichter Jakab Szepesi, der es als *praesentia regia* vertagte, wieder zurück.<sup>104</sup>

Unter den städtischen Angelegenheiten, die vor Jakab Szepesi verhandelt wurden, kommen auch Eigenmächtigkeitsprozesse vor: in Oktober 1375. lässt er gegen Bürger von Gölnitz und Schmölnitz, die gegen das Komitat Szepes „Eigenmächtigkeit“ verübten, inquirieren,<sup>105</sup> in 1377 geht er wegen Widerrechtlichkeiten, die von den Bürgern von Pressburg gegen einen Famulus eines Adligen, der dort einquartiert war, verübt wurden, vor.<sup>106</sup> Wir kennen auch seine verbietende (*prohibitionalis*) Urkunde.<sup>107</sup> Sein Verfahren bei den Prozessen ist eine gerade Folge der ähnlichen Verfahren der ihm vorangehenden Tavernikalmeister und Landesrichter. Die *inquisitio* und die *citatio*<sup>108</sup> wird auch jetzt seitens des glaubwürdigen Ortes<sup>109</sup> oder der Komitatsbehörde durchgeführt<sup>110</sup> und die *relatio* wird an den König<sup>111</sup> oder dem Namen nach an den Landesrichter und Stadrichter Jakab Szepesi adressiert.<sup>112</sup> Die Bürger werden mit folgenden ähnlichen Formeln wie „in regiam praesentiam“<sup>113</sup> „ad vestrae celsitudinis (=der König) praesentiam“<sup>114</sup> „in vestrae magnificentiae (=der König) praesentiam“<sup>115</sup> vor ihn geladen<sup>116</sup> zu denselben oktavalen Gerichtsperioden, wie die adeligen Beklagten.<sup>117</sup> Die vorgeladenen, aber



wiederholt nicht erschienenen Bürger werden ebenso wie die Adeligen durch Aufruf auf drei Märkten (proclamation trineforensis) geladen.<sup>118</sup> Die Beweisführung ist auch in Sachen der Bürger die Beweisführung durch Urkunden. Im allgemeinen müssen die Parteien selbst vor ihm die Urkunden vorzeigen,<sup>119</sup> aber als interessante Ausnahme ersucht in einem Falle Jakab Szepesi das Kapitel von Ofen, eine Urkunde eines Bürgers, die in der Sakristei des Kapitels bewahrt wurde, abzuschreiben.<sup>120</sup> Wie im Interesse der Adeligen,<sup>121</sup> so wurde auch zu Gunsten von Bürgern, die gegen Bürger in Streit standen, an Jakab Szepesi königliche Befehlsschrift gerichtet.<sup>122</sup> Die nicht erschienenen bürgerlichen Beklagten — nachdem ihre Prozessgegner manchmal sogar 20 Tage vergebens warteten — werden unter Anwendung derselben Formeln, wie die Adeligen, zu Busse verurteilt.<sup>123</sup> Auch das Eintreiben der Geldbusse erfolgte durch den Apparat des Landesrichters, der in adeligen Sachen ebenso vorging, wie in bürgerlichen.<sup>124</sup>

Im allgemeinen tritt Jakab Szepesi nicht als Richter in Prozessen zwischen Bürgern derselben Stadt auf. (Diese Prozesse wurden wahrscheinlich vor dem eigenen Stadtgericht geführt.) In 1378 kommt es zwar vor, dass zwei Bürger von Pozsony in einem Prozess wegen des Gebrauchs der Besitze auf dem Stadtgebiet vor ihm und seinen Richterkollegen, unter ihnen Meister Miklós, Sohn von Lökös, einen Vergleich abschliessen,<sup>125</sup> er geht aber in diesem Prozess als Wahlrichter vor.<sup>126</sup> In der ordentlichen Gerichtsbarkeit geht er im allgemeinen in den Sachen, die zu ihm kommen, als erste Instanz vor. Eine sehr seltene Ausnahme ist der Fall, der in 1377 vor ihn kam, wo der Richter und die Stadträte von Pressburg die Rechtssprechung verweigerten und deshalb die Kläger sich an Jakab Szepesi wandten.<sup>127</sup> Unter solchen Umständen kann sein Gericht ein *Oberes Gericht* genannt werden, aber keinesfalls dürfen wir seine Tätigkeit als einen ersten Versuch der Regelung der *Berufungssachen* der Städte betrachten. Seine Rechtssprechung diente fast ausschliesslich der Entscheidung von Sachen zwischen Bürgern und Adeligen, hauptsächlich im Zusammenhang mit Grundbesitz in erster Instanz. In amtsgeschichtlicher Hinsicht sehen wir die Bedeutung seiner Gerichtsbarkeit darin, dass er bei seiner Tätigkeit die Prozesse (hauptsächlich Besitzstreite) vor derselben Gerichtsstanz verhandelte wie die Prozesse zwischen Adeligen. Durch seine Tätigkeit verschmolz also die Gerichtsbarkeit der beiden in Sachen mit bürgerlichen Beklagten am häufigsten vorgehenden Richter der Städte, des Taverikalmeisters und des Landesrichters zu einem gemeinsamen Gericht. Soviel wurde von der Reform, die Jakab Szepesi bei der Gerichtsbarkeit der Städte durchgeführt hatte, verwirklicht. In den *weiteren Plänen* von Jakab Szepesi kann es als höchstwahrscheinlich angenommen werden, wurde aber nicht mehr durchgeführt, dass er die *Gerichtsbarkeit über die Bürger und die Adeligen des Landes vollkommen vereinen, die Bürger (persönlich, und durch die Städte auch kollektiv) in der Gerichtsbarkeit auf dieselbe Ebene wie die Adeligen — und davon abhängig auch in ihrem Rang in der Gesellschaft — erheben wollte.*

Inmitten der sich verschärfenden politischen Kämpfe der 70-er Jahre konnte Jakab Szepesi unter Anwendung der Erfahrungen beinahe eines Menschenalters diesen letzteren Plan nur sehr vorsichtig verfolgen. Er war Fachmann und das bedeutete für ihn gegenüber den grösstenteils ungebildeten und das ungarische Gewohnheitsrecht viel weniger gründlich kennenden Gross-



grundbesitzern einen Vorteil. Auch die damalige Gerichtspraxis förderte seine Pläne, die — wie wir es gezeigt haben — dasselbe Gewohnheitsrecht, dieselben Formeln in adeligen und bürgerlichen Sachen sowohl vor dem Landesrichter als auch vor dem Tavernikalmeister anwandte. Von dieser Grundlage aus konnte Jakab Szepesi den weiteren Schritt vorwärts versuchen. Dass er fortschreiten wollte, ist auch von der Tatsache aus wahrscheinlich, dass er auch nach dem Herbst 1375 dasselbe grosse Siegel auf den in seinem Namen erlassenen Privilegien gebraucht, wie vor Annahme des Stadtrichtertitels. So wies die Aufschrift des Siegels überhaupt nicht auf den Stadtrichtertitel.<sup>128</sup> Es ist leicht möglich, dass der in der Intitulation der von ihm erlassenen Urkunden häufig fortgelassene Stadtrichtertitel ebenfalls auf diesen unter grosser Vorsicht vorbereiteten Plan hinweist. Das zeigt auch, dass er in der Relationsnote der königlichen Urkunden, die den Bürgern von Pozsony bei ihren Verkehr nach Hamburg Zollfreiheit gewährten, seinen Stadtrichtertitel ebenfalls nicht gebrauchte.<sup>129</sup> Alldies ermöglicht freilich nur eine zwar sehr wahrscheinliche Annahme und es kann vorkommen, dass diese Hypothese durch weitere zum Vorschein kommende Daten nicht unterstützt wird. Wäre diese angenommene Vorstellung erfolgreich gewesen, so hätte sei für die Entwicklung der ungarischen Städte sehr grosse, beinahe unübersehbare Folgen gehabt, da ja die Änderung der Rechtslage der Städte auch auf ihre politischen Kämpfe eine günstige Auswirkung gehabt hätte, wenn die Städte genug stark sind, es auszunützen. Einige Städte erreichten — wie es scheint — zu dieser Zeit tatsächlich ein Niveau, dass sie vor Jakab Szepesi bereits mit Ansprüchen auf Bodenbesitz auch gegen Adelige auftraten. Im Herbst 1375 protestierte der Stadrichter von Pressburg gegen die Verpfändung eines Gutsteiles eines Adligen zu Gunsten eines anderen Adligen mit der Begründung, dass jener Gutsteil „ratione propinquois vicinitatis dictis civibus de Posonio iuxta regni consuetudinem... magis conveniret ad requirendum sive habendum“ und erwirkte das Verbot der Verpfändung.<sup>130</sup> Das ist aber ein individueller Fall. Die Mehrzahl der Städte ist nicht so weit gekommen, die durch das Landesrecht gebotenen Möglichkeiten auszunützen. So ist es sehr schwer zu entscheiden, ob für die Bürger, die sich gegen die Adligen hinter das Schild des Stadtrechtes zurückzogen, ein mit den Adligen gemeinsames ausschliessliches Gericht des Landesrichters tatsächlich günstig gewesen wäre. Wahrscheinlich nicht. Von einigen Ausnahmen abgesehen, waren die Städte schwächer als die Adligen, und es ist unvorstellbar, dass vor dem Landesrichter zwei verschiedene Rechtssysteme, das Landesrecht und das Stadtrecht, dauernd hätten zur Geltung kommen können. Der wohlwollende Plan von Jakab Szepesi hätte auch eine Gefahr für die Städte bedeuten können. Das haben auch die Städte rechtzeitig erkannt. Die Angaben beweisen nämlich, dass die Städte auch in den 1370-er Jahren auf dem schon früher betretenen Weg weiterschreiten wollen. Diese Bestrebung erfordert aber entsprechend der Auffassung der Zeit den sorgfältigen Schutz der früheren Privilegien, die sie von den früheren Königen erhalten hatten, und die Gerichtsbarkeit statt Landesgerichte, womöglich des eigenen städtischen Gerichtes. In der Tatsache, dass vor Jakab Szepesi nach dem Landesrecht auch in Sachen der Städte geurteilt wurde,<sup>131</sup> wie es vorher auch im Falle anderer feudalen Richter üblich war, mussten sie die Zurückdrängung ihrer Rechte sehen, wogegen das Wohlwollen von Jakab Szepesi



nicht viel ausmachte. Ihr fester Widerstand durfte bald zur Aufgabe der Pläne von Jakab Szepesi führen. In 1378 weist schon der König, Jakab Szepesi zur Einhaltung der Privilegien der Bürger von Ödenburg, und diese Weisung bedeutete zugleich — wie es aus dem Text der Urkunde hervorgeht — das Verbot ihre Vorladung vor den Landesrichter.<sup>132</sup> Im selben Jahr wird die bedeutende Stadt von Siebenbürgen Klausenburg in die Zuständigkeit des Woiwoden von Siebenbürgen überwiesen.<sup>133</sup> Der König und seine Ratgeber haben zu dieser Zeit bereits neue Wege gesucht. Jakab Szepesi selbst führte nicht lange den Titel des Richters der königlichen Städte. Aus 1379 kennen wir schon keine Urkunde, die ihn so nennen würde und am 21. März ist auch die Würde des Tavernikalmeisters mit Tamás Szentgyörgyi besetzt.<sup>134</sup> Statt der Vorstellung von Jakab Szepesi siegte das von den Bürgern betriebene Prinzip, das Prinzip des separaten Rechtes, des eigenen Gerichtes.

Es ist ein Verdienst von Jakab Szepesi, dass er erkannte, dass die Entwicklung der Städte die Regelung ihrer Rechtslage erfordert und dass er als erster versuchte, die Gerichtsbarkeit der Städte, die in der richterlichen Zuständigkeit der Zentralgewalt blieben, zu organisieren. Falls unsere Hypothese richtig ist, so setzte sich seine Reform im weiteren die Erhebung der Städte (bzw. ihrer Bürger) auf die adelige Rechtsstellung zum Ziel. Da die Struktur der feudalen Gesellschaft zu dieser Zeit noch nicht starr war, schienen seine Vorstellungen nicht irreell zu sein, aber die Praxis bewies bald ihre Unhaltbarkeit. Die spätere Entwicklung schritt auf dem Wege der Einbürgerung des Instituts der Mutterstadt und der Ausbildung des Tavernikalstuhles weiter.

### 3. Zurücktreten der Kompetenz des Landesrichters über die Städte, Beginn der Ausbildung des Tavernikalstuhles (Nach 1379).

Der Misserfolg des Versuchs von Jakab Szepesi traf die Leiter der Politik der Zentralgewalt nicht unvorbereitet und ratlos. Das zeigt, dass noch in der Regierungszeit von Ludwig die zwei Schritte, die hinsichtlich der neu aufgebauten Gerichtsbarkeit des Tavernikalmeisters über die Städte entscheidend waren: das Einbeziehen bürgerlicher Richterkollegen in die Rechtssprechung und die Rechtssprechung aufgrund der städtischen Privilegien, anstatt des feudalen Landesrechts, getan wurden.<sup>135</sup> Wenn auch der Tavernikalmeister Tamás bei einer Gelegenheit in der Intitulation seiner Urkunde auch den Stadrichtertitel gebraucht, der aber nicht mehr identisch mit dem von Jakab Szepesi gebrauchten ist,<sup>136</sup> urteilt er bereits eindeutig aufgrund seiner Tavernikalmeisterwürde in Prozessen, die gegen Bürger eingeleitet wurden. Im weiteren wird die Jurisdiktion des Tavernikalmeisters über die Bürger immer allgemeiner.<sup>137</sup> Die Ausbildung des Tavernikalstuhles machte aber der Rechtssprechung des Landesrichters in Sachen der Bürger noch kein Ende. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Urkunden, die Jakab Szepesi in der Mitte der 70-er Jahre als Landesrichter in Sachen der Städte ausgefolgt hatte, als Präzedenz dienten und auf diese Weise gegen die Ausbildung der richterlichen Kompetenz des Tavernikalstuhles wirkten. Jedenfalls kam es vor, dass die Landesrichter ihre richterliche Kompetenz auch auf Bürger ausdehnten. In der Periode des Vordringens der Grossgrundbesitzerfraktionen bedeutete der Besitz einer richterlichen Kompetenz



auch eine politische Position und das durfte stark dazu beitragen, dass die Landesrichter auch dann bestrebt waren ihre richterliche Kompetenz über die Städte und deren Bürger aufrechtzuerhalten. In erster Reihe betonten sie diese Kompetenz bezüglich der Bürger, die ausserhalb der Stadtgrenze über ein feudales Gut verfügten und sie luden solche Bürger im Zusammenhang mit ihrem Grundbesitz vor ihren Richterstuhl. So wurden der Bürger von Kaschau Hanko und sein Sohn Mihály von den adeligen Klägern wegen Besetzung ihrer Güter im Komitat Krassó vor der Königin und den Baronen geklagt. Die Sache kam vor den Landesrichter, der in 1384 erklärte, dass alle in Anwesenheit der Königin geführten Prozesse nach Landesbrauch von ihm zu Ende zu führen sind. Der Landesrichter Imre Bubek trat bei der Fortsetzung dieses Prozesses in 1390 als „ordinarius“ Richter des Bürgersohnes auf. Wenn auch die Beklagten im Prozess als „*homo possessionatus*“ zu betrachten waren, werden sie von den Landesrichtern *civis* genannt.<sup>138</sup> Der Landesrichter János Kaplai liess gegen Bürger, die auf adeligen Gütern Eigenmächtigkeit verübten, Untersuchungen anstellen,<sup>139</sup> und in 1397 verbot König Siegmund, dass Bürger von Klausenburg in Anwesenheit des Palatins und des Landesrichters geladen werden.<sup>140</sup> Das Verbot des Königs bezeugt, dass vorangehend wahrscheinlich öfters die Vorladung von Bürgern vor die beiden grossen Richter vorkam. Aber auch *Prohibition* kommt in 1391 vor dem Landesrichter Imre Bubek vor, als einem Bürger von Pressburg nicht nur der Verkauf seiner feudalen Güter, sondern auch seiner Häuser in Pressburg verboten wird.<sup>141</sup>

Auch Imre Szentpétery jun. erwähnt an mehreren Stellen, dass vereinzelt noch im XV. Jahrhundert Prozesse gegen Bürger von dem Landesrichter geführt wurden,<sup>142</sup> aber neben seinen Angaben zeugen noch weitere Daten über die richterliche Kompetenz des Landesrichters über Städte bzw. vermögende Bürger.<sup>143</sup>

Noch in 1501 wurde ein Prozess gegen Bürger vor dem Landesrichter verhandelt!<sup>144</sup>

Wir sind nun an das Ende unserer Untersuchungen gelangt. Es kann festgestellt werden, dass der Landesrichter im XIV. Jahrhundert aufgrund seiner Würde als Richter der königlichen Kurie auch in Sachen der privilegierten Gemeinden, der sich ausbildenden und schon bestehenden Städte und ihrer Bewohner ähnlich den Sachen der übrigen Landesbewohner regelmässig vorging. Seine Richtertätigkeit gründete sich nicht auf einen ad hoc königlichen Auftrag — wie es Szentpétery jun. meinte — und wenn auch manchmal ein Hinweis zu treffen ist, dass sich der Landesrichter, der aufgrund eines königlichen Auftrags mit anderen Grossgrundbesitzern zusammen eine generalis congregatio abhielt, mit den Sachen der Bürger bzw. der Bewohner der privilegierten Gemeinden befasste,<sup>145</sup> zeigen die Quellen eindeutig, dass sich der königliche Auftrag nicht auf die Rechtssprechung in Sachen der Bewohner der einzelnen Gemeinden, sondern auf die Abhaltung der generalis congregatio bezog. Die richterliche Kompetenz des Landesrichters über die Bürger und die Bewohner der privilegierten Gemeinden war bis den 1370-er Jahren beinahe ebenso allgemein, wie die ähnliche Tätigkeit des Tavernikalmeisters. Beide gingen als Richter der königlichen Anwesenheit vor, ihre Kompetenz kann nicht getrennt werden. Gegenüber der früheren Auffassung ging der Landesrichter nicht als Berufungsinstanz vor, sondern er urteilte ausschliesslich in erster



Instanz in Sachen der Adeligen und Bürger bzw. Städte. Die Tatsachen, dass in Sachen der Bürger parallel zwei Organe vorgehen konnten und fallweise noch andere Richter über sie urteilten, erforderte die Regelung der Gerichtsbarkeit über die Städte. Zuerst wurde die Jurisdiktion über das hinsichtlich der Finanzverwaltung wichtige Kammerpersonal, dann über die königlichen Zollbeamten aufgrund der Familiarität geregelt, schliesslich erfolgte im Laufe der Kurialreformen der 1370-er Jahre die Vereinigung der Jurisdiktion der beiden über Bürger regelmässig urteilenden Gerichte, des Tavernikalmeisters und des Landesrichters. Wie es scheint, bildete sich zu dieser Zeit im grossen und ganzen bereits die Jurisdiktion der Gutsherren über die im Eigentum von Privatgutsherren befindlichen Städte (Marktplätze) aus, deshalb wurde zum Landesrichtertitel nur der Titel des Richters der *königlichen* Städte zwischen 1375 und 1378, zur Zeit des Reformversuchs von Jakab Szepesi, hinzugefügt. Die endgültige Vorstellung von Jakab Szepesi war, als organischer Bestandteil der Städtepolitik des Königs Ludwig, wahrscheinlich die Verschmelzung der Jurisdiktion über die Städte mit der Gerichtsbarkeit des Landesrichters und damit die Sicherung gleicher Rechte für die Städte und ihre Bürger, wie die der Adeligen. Das Entwicklungsniveau der ungarischen Städte war aber noch nicht so hoch, dass sie aufgrund des Landesrechts ohne den Schutz des Stadtrechts gegen die Adeligen genug stark gewesen wären. Zwar wollte Jakab Szepesi, der mit der vermögenden Bürgerfamilie Hench fern verwandt war,<sup>146</sup> mit seinen Vorstellungen die Interessen der Bürger fördern, doch scheiterte sein Plan wahrscheinlich eben wegen des Widerstandes der Bürger. Die Bürger betrachteten den Schutz ihrer Städteprivilegien als vorteilhafter, sie führten ihre Prozesse lieber vor ihrem besonderen Gericht, als vor einem mit Adeligen gemeinsamen Gericht. In dieser Lage wählten die Zentralgewalt und ihre Ratgeber unter Beachtung der Bestrebungen der Bürger den anderen Weg, den Ausbau des Richterstuhls des Tavernikalmeisters und versuchten durch Einbeziehen von bürgerlichen Richterkollegen, die Interessen der Bürger zu sichern. Die richterliche Kompetenz des Tavernikalmeisters wurde aber auch im späteren ausschliesslich und noch im XV. Jahrhundert kamen Fälle vor, wo der Landesrichter oder andere<sup>147</sup> über Städte und ihre Bürger urteilten.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Wenzel, G.: Magyarország városai és városjogai a múltban és a jelenben. Értékezesek a társadalmi tudományok köréből. (Städte und Stadtrechte Ungarns in der Vergangenheit und Gegenwart) Band IX. Nr. IX. Budapest, 1877. p. 17.

<sup>2</sup> Hajnik, I.: A magyar bírósági szervezet és perjog az Árpád- és vegyes-házi királyok alatt (Die ungarische Gerichtsorganisation und Prozessrecht zur Zeit der Árpáden und der Könige aus verschiedenen Häusern) (Im weiteren: Prozessrecht) Budapest, 1899. p. 92. (Hajnik betont in diesem Werk auch an anderen Stellen die ausschliessliche Gerichtsbarkeit des Tavernikalmeisters (neben dem König) (ebenda p. 24–25.)

<sup>3</sup> Boreczky, E.: A királyi tárnokmester hivatala 1405-ig. (Das Amt des königlichen Tavernikalmeisters bis 1405) (Im weiteren: Boreczky) p. 51. Budapest, 1904.

<sup>4</sup> Szentpéteri, I. jun.: A tárnoki ítélőszék kialakulása. (Ausbildung des Tavernikalstuhles) (Im weiteren: Szentpéteri jun.: Der Tavernikalstuhl) Századok, 1934. (Ergänzungsheft 579 p.

<sup>5</sup> Prozessrecht, p. 85.

<sup>6</sup> Die früheren diesbezüglichen Forschungen von Sinkovics L., Kring (Komjáthy) M., und Mályusz E. werden von Bónis, Gy. zusammengefasst: Hübériség és rendiség a középkori magyar



jogban (Feudalismus und Ständewesen im mittelalterlichen ungarischen Recht) Kolozsvár, (1946) 491 p.

<sup>7</sup> *Mályusz, E.: A mezővárosi fejlődés (Entwicklung der Marktflecken) Red. Székely, Gy.: Tanulmányok a parasztság történetéhez Magyarországon a 14. században (Studien zur Geschichte der Bauernschaft in Ungarn im XIV. Jahrhundert Im weiteren: (Entwicklung der Marktplätze) 1953. 84 p.*

<sup>8</sup> Ebenda p. 186. Natürlich leugnet auch er nicht die Wichtigkeit der Jurisdiktion über die Städte.

<sup>9</sup> „In den XII–XIV Jahrhunderten gibt es kaum einen Unterschied zwischen civitas und oppidum“ – *Bácskai, V.: Magyar mezővárosok a XV. században. (Ungarische Marktflecken im XV. Jahrhundert) Budapest, 1965. p. 88–89. (Ertekezések a történeti tudományok köréből. Új sorozat. 37.)*

<sup>10</sup> 1315. Karl Robert gibt als Lehen „castrum nostrum Komarun vna cum civitate seu oppido Komariensis“ ... Ferdinandus Knauz: Monumenta Ecclesiae Strigoniensis. (Im weiteren: MES) Strigoni II., 1882. 711. p. In 1320 derselbe König „Possessionem, civitatem, seu villam Bosnoba vocatam“ ... (Archivum Seculare) Esztergom. Ladula H. no. 5. Ungarisches Landesarchiv (Im weiteren: OL), Filmarchiv 577. Hier ist eben von königlichen Städten (civitas) die Rede, die in die Hand von Privatgutsbesitzern kamen. In 1360 erwähnt der Bischof von Siebenbürgen Domokos Karlsburg als „civitatem nostram Albam“, unter den Einwohnern spricht er über „cives seniores et potiores hospites civitatis nostre“ – *Zimmermann, F., Werner, C., Müller, G.: Urkundenbuch zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen. (Im weiteren: Urkundenbuch) Hermannstadt II. Nr. 768. 179 p.*

<sup>11</sup> In der Urkunde König Ludwigs von 1356: „nos volentes cives et hospites nostros fideles de Kapruncha, ut ipsi fidelitate et etiam numerositate augeantur, ad instar aliarum civitatum nostrarum regaliū capitalium libertatibus et gratia (!) regiis decorare. Ad instanciam eorundem humilem et devotam libertates infrascriptas, quibus etiam inter ceteras nostra Grecensis a tempore fundationis eiusdem est gavis, duximus eisdem concedendas, ita ut a modo et imposterum (!) dicta Kapruncha tamquam libera et capitalis civitas censeatur civesque eiusdem infra denotatis libertatum prerogativis more civium Grecensium perpetuis temporibus gratulentur“ – *Smičiklas, T.: Codex Diplomaticus Regni Croatiae, Dalmatiae et Slavoniae. (Im weiteren: Smičiklas) XII. 1914. Nr. 280 (373 p.)*

<sup>12</sup> Ein Beispiel dafür, dass der allein gebrauchte „hospes“ Ausdruck auch bezüglich der Einwohner der civitas verwendet wird, ist die Intutulation einer Urkunde aus Fünfkirchen (1379): „Nos Johannes, filius Moyvis, iudex, jurati et universi hospites civitatis Quinqueecclesiensis ...“ – OL, Sammlung aus der Zeit vor Mohács (Im weiteren: DL) 6599.

<sup>13</sup> 1356: der. Woiwode von Siebenbürgen András umschreibt die Urkunde König Ludwigs, wonach die Freiheiten von „villa Clusmonostora“ und „universorum iobagionum seu hospitum ecclesiae de dicta Clusmonostora“ dieselben sein sollen, wie die der civitas Klausenburg – Urkundenbuch II. Nr. 707 p. 124–125.

<sup>14</sup> Vergl. Anm. 13. Eine weitere Angabe aus 1358: Ludwig belehnt seinen Kastellan von Visegrad „quamdam possessionem nostram regalem Chuturkhel vocatam in comitatu Crisyensi adiacentem“. Die Tatsache der Donation wird am selben Tag „fidelibus suis villico et universis hospitibus seu iobagionibus de Chuturtukhel“ verkündet – *Smičiklas: XII. Nr. 396 und 397. p. 515–516.*

<sup>15</sup> *Fügedi, E.: Középkori magyar városprivilegiumok. Tanulmányok Budapest múltjából XIV. (Városprivilegiumok.) (Ungarische Städteprivilegien im Mittelalter. Studien aus der Vergangenheit von Budapest XIV. (Im weiteren: Städteprivilegien) Budapest, 1961. p. 26.*

<sup>16</sup> Schon *Pleidell, A.* analysierte einzelne Privilegien (Erstes Kapitel der ungarischen Städtegeschichte, Századok, 1934, 13–15) *Szentpétery, I. Jun.: Der Tavernikalstuhl, 457 p.* Wie wir es später sehen werden, kann im XV. Jahrhundert von genau begrenzten richterlichen Kompetenzen keine Rede sein. Bezüglich der Bemerkungen über die Gerichtsbarkeit der Städteprivilegien siehe *Fügedi: Städteprivilegien, p. 63–64.*

<sup>17</sup> Vergl. *Hajnik: Prozessrecht, 22 p.* – eine Ausnahme bildete bloss die Gerichtsbarkeit des Palatins.

<sup>18</sup> *Hajnik, J.: A királyi bíróság személyes jelenléte és annak helytartója a vegyes házakbeli királyok korszakában. Ertekezések a történeti tudományok köréből. (Persönliche Anwesenheit des Königs beim Gericht und sein Stellvertreter im Zeitalter der Könige aus verschiedenen Häusern) Budapest, 1892. XVI. k. Nr. IV. p. 6.*

<sup>19</sup> Der Tavernikalstuhl: p. 559.



<sup>20</sup> Eckhart, F.: Magyar alkotmány és jogtörténet. (Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte) Budapest, 1946, 169 p.

<sup>21</sup> Fügedi: Städteprivilegien: p. 69.

<sup>22</sup> „... cum... dominus Lodovicus rex, sabbato proximo ante octavas festi beatorum Petri et Pauli apostolorum de venacione, quam is Pokus fecisset, in predictam civitatem suam Budensem reisset, cives et hospites sui Budenses ad sue regie maiestatis accedentes presentiam“ ... etc. MES III p. 527.

<sup>23</sup> 1356: „... si iudex suspectus habeatur, et actor legitimam causam recusationis allegaverit, convocatis omnibus maioribus civitatis, ipso iudice presente negotium decidatur, de quorum sententia si adhuc contingeret dubitari, et actor inportunus eos ad regiam citaverit presenciam, solus iudex pro aliis ad regem teneatur.“ Auch im weiteren ist die königliche Anwesenheit und der König äquivalent: „Eodem modo pro quacumque causa iudicem civitatis et cives vel cives solos ad regiam presenciam quis citaret, non tenetur ire, nisi solus iudex civitatis. Et si aliquis aliquem civem vel cives non requirens antea a iudice civitatis iustitiam sibi fieri ad regem citaverit, pro illo vel illis iudex ire tenebitur, et ei citator refundet expensas“ ... *Směčiklas*: XII. Nr. 280. p. 373.

<sup>24</sup> *Směčiklas*: XIII. p. 117–122.

<sup>25</sup> Nach einem Vertrag im Namen des Königs können die Klagen gegen den Kammergespan „ad nostram, sive magistri tavarnicorum nostrorum, aut alicuius iudicis ordinarii presenciam“ geführt werden – MES III. p. 280.

<sup>26</sup> Archiv Mesta Bratislavy ( Archivum Civitatis Posoniensis. Listini č 400. – OL Film-archiv Č 43. Schachtel.

<sup>27</sup> Im Allgemeinen verbindet das lateinische „sive“ sich ausschliessende, das „vel“ sich nicht ausschliessende Glieder.

<sup>28</sup> Der Kläger: „contra se ad regiam presentiam... causam attraxisset, et ipsam causam... Thomas, tunc magister tavarnicorum domini regis... visis litteralibus instrumentis super libertate dicte civitatis Budensis confectis, ad presenciam iudicis et iuratorum eiusdem civitatis Bundensis ad quindenae diei Cynerum, tunc venturas transmississet iudicandam...“ – MES. III p. 526.

<sup>29</sup> MES. III. p. 548–549.

<sup>30</sup> Das Kapitel von Erlau: „in regiam evocasset presentiam, octavas festi sancti Jacobi apostoli tunc venturas eisdem pro termino coram nobis[comp]rendi assignando“ – schreibt der Sohn des Palatins Miklós: der königliche Tavernikalmeister János. DL 89 412.

<sup>31</sup> 19. I. 1338. Der Mann des königlichen Kapellengespanns und der Mann des Woiwoden von Siebenbürgen Tamás laden den in Visegrád gefundenen Schele gegen den Abt von Garamszentbenedek und sein Konvent „ad regiam praesentiam“. Nach einem Ausszug auf der Hinterseite der Urkunde: „ad presentiam domini Thome woiwode Transilvani citatorie“ – MES. III p. 303. – und tatsächlich, da Schele nicht kam und auch niemanden auf die Ladung schickte, bestrafte ihn der Woiwode von Siebenbürgen mit einer Geldbusse. MES. III. p. 304.

<sup>32</sup> DL 57 287 – Zitiert in *Gerics, J.*: A magyar királyi kuriai bíraskodás és központi igazgatás Anjou-kori történetéhez. Jogtörténeti tanulmányok I. (Beitrag zur Geschichte der Gerichtsbarkeit der königlich ungarischen Kurie und der Zentralverwaltung im Zeitalter der Anjous. (Im weiteren: Gerichtsbarkeit der Kurie) Budapest, 1966. p. 291.

<sup>33</sup> So im Falle der Leute der Kirche von Gran: „Quia nos eosdem populos proteccioni Thome filii Andree comitis duximus commitendo, volentes, vt si qui aliquid accionis habuerit contra populos sepedictos, in nostra presentia experiantur cum eisdem... vel coram iudice curie nostre“ – MES II. p. 191. zitiert von *Váczy, P.*: Immunitás és iurisdicatio. (Immunität und Jurisdiktion) A Bécsi Magyar Történeti Intézet Évkönyve I. 1931 p. 29.

<sup>33/a</sup> Das Kapitel von Gran legt Berufung beim Papst im Prozess gegen die Bürger von Gran gegen das Urteil des Landesrichters als königliche Anwesenheit ein (a presencia K [aruli] regis) – MES III. 59. p. – zit.: *Gerics*: Gerichtsbarkeit der Kurie.

<sup>34</sup> DL 84699.

<sup>35</sup> „Et quia universae causae coram dicta domina nostra regina motae secundum regni sui ritum per ipsum comitem Nicolaum velut iudicem curiae suae debuissent determinari“ – in der Urkunden des Landesrichters Imre Bubek von 1390. – DL 71 423. ed.: Documenta historiam Valachorum in Hungaria illustrantia. ed. *Fekete Nagy, A. et Makkai, L.* Budapest, 1941. reg. 382.

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>37</sup> Vergl.: Der Tavernikalstuhl p. 514–515.



<sup>38</sup> Ges. Art. XX:1351 drückt das schön aus, als der Erwerb eines Vermögens seitens des Klerus nur „cum litteris privilegialibus regis vel reginalibus aut iudicium vices gerentium regie maiestatis“ ermöglicht wird.

<sup>39</sup> Prozessverfügungen vor dem Landesrichter wurden manchmal erst am 20. Tag der Gerichtsoktave oder noch später verfasst. In solchen Fällen mussten die Letzten lange Wochen auf die Verhandlung ihrer Sache warten.

<sup>40</sup> Z. B. Bars 1333: MES, III. p. 276., 1339: MES III. p. 348., 1341: vor dem Woiwoden von Siebenbürgen, der auch die Funktionen des Tavernikalmeisters versah: MES. III. p. 404.

<sup>41</sup> Mindszent: 1349: DL 83256, Bartfeld: 1355: *Iványi, B.*: Bártfa szabad királyi város levél tára (Archiv der kgl. Freistadt Bartfeld) Budapest, I. 1910. (Im weiteren: Bartfa) p. 3. Rudabánya: 1359: *Nagy, Imre, Nagy, Iván, Véghely, D.*: A Zichi és vásonkeői Zichy-család idősb ágának okmánytára (Archiv der älteren Linie der Familie Zichy von Zich und Vásonkeő) (Im weiteren: Zichy) Budapest, III. 1878, p. 102. DL 5736 usw.

<sup>42</sup> Eisenburg wird in 1373 vor dem Landesrichter geklagt — DL 1805. in 1393 und 1399 vor dem Tavernikalmeister *Mályusz, E.*: Urkundenarchiv aus der Zeit Siegmunds (Im weiteren: Zsi.O.) Budapest, I. 1951. Nr. 3370, 5689.

<sup>43</sup> 1340: für die Bürger von Patak ist das Gericht des Tavernikalmeisters zuständig. *Nagy, I. — Nagy, Gy.*: Urkundenarchiv aus der Zeit der Anjous I — VII. (Im weiteren: Anj. O.) IV. p. 1 — 2. In 1359 werden sie vor dem Landesrichter geklagt. Archiv des Primas von Gran Lad. F. Nr. 24. OL Filmarchiv, Sch. 577, 1375; der König kassiert das Urteil des Tavernikalmeisters über die Bürger von Kaschau, *Fejér, G.*: Codex Diplomaticus Hungariae, (Im weiteren: Fejér) Buda, 1829 — 1844. IX/5. p. 35. in 1384 urteilt der Landesrichter über einen Bürger von Kaschau DL 74 423.

<sup>44</sup> In 1324 (Archiv Mesta Bratislavy, 2. OL. Filmarchiv, Sch. 42) und in 1358 (Anj. O. VII. p. 276. und in 1373 (Archiv Mesta Bratislavy 2, OL. Filmarchiv, Sch. 42.) sind die Bürger vor dem Landesrichter geklagt, in 1373 wird ein Bürger von Pressburg vor dem Tavernikalmeister geklagt (*Friss, A.*: Ung Jüdisches Archiv I. Budapest, 1903. p. 79 — 80.) in 1383 werden die Bürger von Pressburg nach einer Urkunde von Königin Elisabeth (Archiv Mesta Bratislavy 400, OL. Filmarchiv Sch. 43.) „in regiam vel nostram aut magistri tavernicorum regalium presentiam“ geladen.

<sup>45</sup> *Házi, J.*: Sopron szabad királyi város története (Geschichte der kgl. Freistadt Ödenburg I. Teil, I. B. Im weiteren: Házi, Sopron 1921, p. 149.

<sup>46</sup> *Házi*, p. 158.

<sup>47</sup> *Házi*, p. 176.

<sup>48</sup> *Házi*, p. 178.

<sup>49</sup> DL 83 256.

<sup>50</sup> DL 70 556.

<sup>51</sup> So wird in 1359 im Auftrag des Landesrichters den kgl. „cives et hospites“ von Rudabánya der Gebrauch der benachbarten adeligen Felder verboten, Zichy III. p. 103. In 1368 liess István Bubek Landesrichter mit dem Konvent von Turóc den „cives et hospites“ von Gölnitz den Gebrauch der Possessionen von Radvinya und Podlahnyica verbieten. DL 84 699.

<sup>52</sup> So verurteilte Miklós Szécsi Landesrichter die Bürger von Bártfa zu 70 Mark Geldbusse — Bártfa: p. 3.

<sup>53</sup> Auch Fügedi meint, dass die Praxis der Städte bezüglich Bodenbesitz im wesentlichen mit dem allgemeinen adeligen Gewohnheitsrecht identisch war. Städteprivilegien: p. 51.

<sup>54</sup> Auf die Klage von Lörinc v. Vytez, wonach „Simon villicus, Hench, Paulus et Adam, hospites de Kayta cum eorum complicitibus“ den Besitz des Klägers in Buják eigenmächtig besetzten, wird vom Landesrichter das Kapitel von Szepes mit der inquisitio betraut — DL 41 672.

<sup>55</sup> Das geht aus der Urkunde des Landesrichters Jakab Szepesi vom Jahr 1373, worin er die Geldbusse erlässt, hervor (die Geldbusse von 6, Mark, zu der der Sohn Mark's Petó wegen Nichterscheinen) im Prozess gegen die cives et hospites von Vasvár verurteilt wurde (also „königliche“ Geldbusse wird vom Landesrichter erlassen) DL 91 805.

<sup>56</sup> In 1335 hielt der Landesrichter Pál Nagymartoni „una cum Chanadino . . . archiepiscopo Strigoniensi eiusdemque comite perpetuo . . . Thatamerio Albensis ecclesie preposito“ auleque regie vicecancellario . . . Thoma wayuvoda Transsilvano et comite de Zonuk et de Neugrad, Demetrio magistro tawarnicorum regalium et comite Trinchiniensi, Paulo iudice curie et magistro tawarnicorum domine regine, magistris Donch comite de Zolyo, Thoma filio Petri castellano de Choukakw et comite Dominico filio Leonardi aliisque quampluribus regni nobilibus“ Richterstuhl und Sebes von Szentgyörgy und Bazin traf vor ihnen einen Ausgleich mit den Bürgern von Tirnau in einen bestrittenen Bergzoll. — Anj. O. III. p. 132 — 137.



<sup>57</sup> Tavernikalstuhl: p. 535.

<sup>58</sup> Bürgerliche Beklagte kamen vor den Palatin meistens auf die Weise, dass sie auf der generalis congregatio geklagt wurden oder sie dort Adelige klagten. In 1335 lässt der Abt von Sankt-Benedikt eine Zollanteil sichernde Urkunde zu Lasten der Bürger von Bars vom Palatin Vilmos Drugeth umschreiben (Privatarch. des Kapitels von Gran Lad 40, fasc. 2, nr. 1. OL. Filmarchiv, Sch. 462) 1370: König Ludwig befiehlt dem palatinalen Protonotari Jakab Szepesi, dass er auf der nächsten generalis congregatio in Abaujvár die Grenzen der Stadt Kaschau ermitteln soll (DL 738). Es ist möglich, dass auch folgende Prozesse der palatinalen Kurie auf einer generalis congregatio eingeleitet wurden, aber es ist auch möglich, dass einzelne Adelige oder Bürger ihre persönliche „gute“ Verbindungen ausnützend, den Prozess schon ursprünglich dort einleiten: 1359 – 60; in der Sache von „Zeus“ sind die Bürger von Pressburg Kläger vor dem Palatin (Archiv Mesta Bratislava, 51 – 55, OL. Filmarchiv, Č. 42. Sch. 42.) 1379: Königin Elisabeth lässt die Sache eines Bürgers von Patak vom Palatin Miklós Garai vor dem Stadtrichter und Räte von Patak überweisen (DL 52330) 1380: die Bürger von Bars führen Prozesse gegen Adelige vor dem Palatin Miklós (DL 52 300) usw.

<sup>59</sup> 1325: MES III. p. 59 – 60. zit. von *Gerics*: Gerichtsbarkeit der Kurie, p. 288 – 289.

<sup>60</sup> Archiv Mesta Bratislava, 2. OL. Filmarchiv, Sch. 42.

<sup>61</sup> DL 40 948, Zit. *Mályusz, E.*: Entwicklung der Marktflecken p. 190.

<sup>62</sup> Der Sohn Lörinc's Lukács stand von der Oktave der Dreikönige 14 Tage vor dem Landesrichter Tamás „contra Johannem filium Urach, hospitem der Gumur . . . iuxta continentiam litterarum vicecomitis et iudicium nobilium comitatus Gumuriensis transmissionis presentis cause in regiam presentiam seriem denotantium, actor exinde non venit, neque misit, ideo eundem in iudicijs regalibus decrevimus fore convictum“ – (DL 94 422. Foto) Ähnlicher Fall, als die königlichen Fronbauer (jobagiones regales) von „Visnio“ Adelige „contra se in regiam praesentiam“ vorladen liessen und sie selbst fernblieben. Ugrin's Sohn Miklós Landesrichter verurteilte sie zu einer königlichen Geldbusse (DL 96 369). In 1370 erscheinen die „cives et hospites“ von Eperies gegen György Sávári Sós nicht; sie werden vom Landesrichter Miklós Szécsi mit Geldbusse belegt (DL 5736).

<sup>63</sup> In 1371 stellt Landesrichter Miklós Szécsi eine prorogatoria aus im Prozess der erscheinenden „Stephanus iudex, Georgius sartor, Jacobus Rufus et Nicolaus, filius Jacobi; jurati cives de Castroferreo pro se personaliter, pro ceteris vero hospitibus ex eodem Castroferreo cum procuratoris litteris capituli ecclesie Castriferrei“ im Prozess gegen die Adligen, die Widerspruch bei der Feldbegehung von Eisenburg erhoben (DL 91 789).

<sup>64</sup> „cives et hospites“

<sup>65</sup> *Házi*: p. 106.

<sup>66</sup> 1358: Landesrichter Miklós Szécsi entsendet im Besitzstreit zwischen dem gewesenen Stadtrichter von Pressburg, Jakab und der Königin (!) seinen Protonotar und Meister Sebök zur Feldbegehung (Anj. O. VII. p. 276.) 1367: „Jakus iudex Poseniensis tertio se nobilibus“ legt den Schwur, den Landesrichter István Bubek „tertio se nobilibus“ für ihn zuspricht. (Archiv Mesta Bratislava, 220. OL. Filmarchiv, Sch. 42.) 13. X. 1372. bzw. 20. I. 1370: Landesrichter Jakab Szepesi, dann Landesrichter Peter Zudar vertagen den Prozess zwischen dem Abt von Sant-Martiusberg und Jakus, Stadtrichter von Pressburg (Archiv Mesta Bratislava, 272. u. 273. OL. Filmarch. Č. 42. Sch.) In solchen Fällen nahm der Landesrichter ohne weiteres das von der Stadt für den Advokaten ihres Bürgers ausgestellten Beglaubigungsschreiben an. Z. B. in 1371 erschien vor Miklós Landesrichter der Advokat des Stadtrichters von Kaschau mit der Procuratoria der Stadt Kaschau und beklagte einen Adligen, vom Gut des Stadtrichters gewisse Früchte fortgetragen zu haben (DL 83 329) Zur diese Zeit durfte es allgemein üblich gewesen sein, dass die von der Stadt ausgestellten Advokatenbeglaubigungen durch die Gerichte anerkannt werden: in 1377 genehmigte König Ludwig der Stadt Klausenburg „ad instar aliarum civitatum notarum regalium“ ein Beglaubigungsschreiben für Advokaten in jeder Sache auszustellen. *Jakab, E.*: Urkundenarchiv zum I. B. der Geschichte von Klausenburg (Im weiteren: *Jakab*), Ofen 1870, I. p. 83.

<sup>67</sup> Z. B. übergeben die Söhne von Vezzeus vor Miklós Szécsi Landesrichter an Miklós v. Peel „unam curiam seu sessionem necnon similiter unam vineam ipsorum Trynceer vocatam in civitate Strigoniensi et eius territorio existentes“ (DL 87 464).

<sup>68</sup> In 1335 verkaufen vor Miklós Drugeth Palatin „Albertus dictus Hercegh, civis Budensis unacum nobili domina Elisabeth, relicta quondam janitoris . . . domini Karoli quondam . . . regis Hungarie . . . nunc vero consorte sua . . . possessionem ipsorum seu villam Euryn nominatam, in comitatu Pestyensi habitam“ mit allen Zubehör an Königin Elisabeth und ver-



pflichten sich, dass sie jenen, den Elisabeth mit dem Besitz belehnt „ab omnibus impetitoribus expedire et in eadem conservare propriis laboribus eorum et expensis secundum usum et consuetudinem civitatis Budensis ab antiquo approbatam“ (Dl. 14 493).

<sup>69</sup> So verpflichteten sich z. B. die Verkäufer des in Anm. 68. genannten Gutes nach den Bräuchen des Stadt Ofen zum Schutz des neuen wahrscheinlich nicht bürgerlichen Besitzers eines Gutes im Komitat Pest, das nun wahrscheinlich nicht in bürgerlichem Besitz war! Es ist interessant, dass beim Verkauf eines Gutes auch aufgrund des Landesrechtes üblich war den Schutz des Käufers zu sichern (Prozessrecht 172 p.) es ist sogar wahrscheinlich, dass dieser Brauch von da in das Stadtrecht übergegangen ist. Die Eviktionsformel, die in den Urkunden der Stadt Ofen öfters vorkommt und sich auf die alten Bräuche der Stadt beruft (vergl. *Kubinyi, A.*: Ausbildung des Siegelgebrauchs der Stadt Ofen Studien aus der Vorgangenhheit von Budapest XIV. 1961. p. 123) lässt darauf schliessen, dass ein gewisser Unterschied zwischen dem Landesvertragsrecht und den Bedingungen der evictio nach dem Recht von Ofen bestand.

<sup>70</sup> Die verkürzte Mitteilung des Prozesses *Pör, A.*: *Gazdaságtörténeti Szemle*, 1904., p. 161–205.

<sup>71</sup> MES III. p. 627–630. (Nr. 823–826.)

<sup>72</sup> Es ist bezeichnend für die Angst der Richter vor der Königin dass sie in einem Urteil in vorhinein annehmen, dass die Königin einen neuen Urteilsspruch verlangen wird. Sie protestieren dagegen und erklären, dass sie den neuen Urteilsbrief nicht nach Recht, sondern aus Angst vor der Königin ausfolgen (MES; III. p. 64.)

<sup>73</sup> In städtischen Privilegien kommt es auch später vor – ähnlich dem Fall aus dem XIII. Jahrhundert, dass die Rechtsprechung einer vom König beauftragten Person anvertraut wird. Z. B. im Privileg von Kaschau von 1347 mit der wörtlich übernommenen Formel aus dem Recht der Stadt Ofen „ipse villicus et non villa debeat conveniri coram nobis vel illo, cui duxerimus committendum“ – Tavernikalstuhl, p. 514. Neben den Urteilen von 1347 im Prozess des Kapitels und der Stadt Gran kam es auch sonst vor, dass nicht der Tavernikalmeister oder der Landesrichter – unter Betonung eines königlichen Auftrags, oder auch ohne diese Betonung – vorging. So gab der Erzbischof von Kalotscha mit den Bischöfen in 1320 im Prozess der Bürger vom Gran einen Prorogationsbrief aus (MES, II. 1882. p. 784–785), in 1368 beauftragte König Ludwig der Bischof von Veszprém László, seinen Kaplan Benedek sowie den Richter des Woiwoden von Siebenbürgen im Besitzstreit zwischen den „cives et hospites“ von Klausenburg und Miklós Gerendi (Urkundenbuch, II; Nr. 911. p. 309.) Diese Urkunde nennt Bischof László unrichtig Königlichen Kanzler. Er war richtig königlicher Vizekanzler und Kanzler der Königin *Szentpétery, I.*: *Magyar oklevéltan* (Ungarische Urkundenlehre, Budapest 1930. p. 165 und p. 169.)

<sup>74</sup> „Ceterum quia antiqua libertas camerarum nostrarum id requirit, statuimus, quod nullus omnino hominum cuiuslibet dignitatis existat, officiales et servientes comitis camere nostre suo iudicio astare compellere presummat, sed per eundem comitem camere nostre iudicentur, qui si dare iustitiam ex parte ipsorum neglexerit, tunc magister tavernicorum nostrorum iudicabit eosdem“ (MES. III. p. 257.) Dieses die Offizialen und Servienten Meister Ippolits betreffende Privileg wird in 1343 auch den Richtern des Landes mitgeteilt. (Landesarchiv des Kapitels von Gran L. 2., fasc. 7., nr. 8. – OL Filmarchiv, 574. Schachtel. Ähnliche Privilegien aus 1336 – MES III. p. 280. – aus 1342 bzw. 1345. Beim letzteren ist es interessant, dass es klar sagt, dass im Privileg die in der Stadt wohnenden Beamten teilhaben „in nostris civitatibus commorantes“ ... bzw. „civitates“ MES. III. p. 418. bzw. p. 561.

<sup>75</sup> Archiv Mesta Bratislavy, 289. OL. Filmarchiv, C. 42. Schachtel.

<sup>76</sup> Bezüglich der Reformen, darunter der Übergabe der Oberseite des grossen Siegels des Königs aus den königlichen Rat siehe *Gerics*: Gerichtsbarkeit der Kurie p. 299–303.

<sup>77</sup> Zu dieser Zeit wurde das geheime Siegel des Königs authentisch erklärt und das aufbewahrende Organ zur geheimen Kanzlei entwickelt, sowie die Tätigkeit des königlichen Kapellengespanns neuorganisiert, sowie ein zentrales Beschwerdeamt errichtet. Vergl. *Kumorovitz, L.*: *Urkundenausfolgende Tätigkeit des königlichen Kapellengespanns. Regnum*, (Im weiteren: *Regnum*) Budapest 1942/43. p. 462. Derselben *Audientia praesentia*. *Notter Emlékkönyv*, Budapest, 1941.

<sup>78</sup> Bewertung seiner Tätigkeit in den Reformen siehe *J. Gerics*: Gerichtsbarkeit der Kurie p. 303.

<sup>79</sup> Über das Lebenswerk von Jakab Szepesi siehe vorläufig in Handschrift: *Bertényi, I.*: Szepesi Jakab országbíró (Szepesi Jakab Landesrichter), Dissertation, Budapest 1963.

<sup>80</sup> Vergl. *Szentpétery, J. jun.*: Tavernikalstuhl p. 540.



<sup>81</sup> Bei der Untersuchung der Klage der „cives et hospites“ von Bábaszék gegen die „cives et hospites“ von Karpfen bat der kgl. Tavernikalmeister vom Konvent von Ság ein Zeugnis für die Leute des Königs (Dl. 41495. — ed: Fejér IX/7. p. 504.).

<sup>82</sup> *Kumorovitz*: Regnum: p. 463 — 464.

<sup>83</sup> Vor dem Richter des Tavernikalmeisters János („in figura nostri iudicii“) erscheint in der Oktave des Tages des Apostels hl. Jakob János v. Byk aufgrund der evocatorialis des Kapitels von Erlau „contra Clementem villicum, Petrum juratum et totam communitatem de Emend“ und zeigte die „evocatorialis und inquisitionalis“ Urkunde des Kapitels von Erlau vor „domino nostro regi ad suum literatorium mandatum rescriptas, tenorem litterarum suarum regali vobis (= Kapitel v. Erlau) directarum verbaliter in [se habentes“, wonach János v. Byk „ipsi domino regi“ vortrug, dass die Leute von Emend ihn „sine culpa captivassent“. Darauf wurde im Namen des Königs mit dem homo regius bei Zeugnis des Kapitels von Erlau inquisitio verordnet und „predictos universos populos de Emend contra annotatum Johannem in regiam presentiam ad terminum competentem, rationem de premissis reddituros efficacem“ vorgeladen „posthac seriem ipsius inquisitionis sue . . . majestati“ zu adressieren. Das Kapitel berichtete, dass die Klage berechtigt war und „iam preteritum Clementem villicum, Petrum juratum et totam communitatem ipsius ville Emend contra prefatum Johannem“ . . . „in regiam evocasset presenciam octavas festi sancti Jacobi apostoli tunc venturas eisdem pro termino coram nobis (= der Tavernikalmeister (!) [compa]rendi assignando“. Die Beklagten erschienen aber nicht, deshalb lässt sie der Tavernikalmeister unter Zeugnis des Kapitels von Erlau mit dem homo regius wieder „in praesentiam regiae maiestatis“ vorladen. — Ol. Dl. 89 412.

<sup>84</sup> *Hóman, B. — Szeffü, Gy.*: Magyar Történet (Ungarische Geschichte). Budapest. III. p. 163.

<sup>85</sup> Der König annullierte in der Urkunde vom 1. Mai 1375 das Urteil des Tavernikalmeisters und da die Bürger von Kaschau über entsprechende Dokumentenbeweise verfügten, entschied er für sie. Er liess zugleich zu, dass die Kreuzritter noch einmal vor dem König und Baronen erscheinen, die ihnen Recht sprechen werden (Fejér, IX/5. p. 35.) — Die Urkunde im Namen des Königs ist ziemlich ein „Kompromiss“.

<sup>86</sup> In Januar 1375 erlässt der König eine gegen Domokos Várdai und seine Familiaren erbrachte nota wegen Eigenmächtigkeit gegen die Bürger von Kaschau. Unter dem abgebrochenen roten Siegel der königlichen Urkunde ist der Text „relatio comitis Jacobi de Scepes ex deliberatione baronum“ zu lesen. — Dl. 77 603 ed.: Zichy, III. p. 442. Dass mit der Durchführung der Entscheidung von der nota eben Jakob Szepesi betraut wurde, ist sehr kennzeichnend und beweist, dass seine Person sowohl dem König, wie auch den Baronen genehm war.

<sup>87</sup> Einzelne Verfasser erwähnen Urkunden mit dem Stadtrichtertitel von Jakob Szepesi schon in 1374. Nach den originellen und in Fotoduplikaten untersuchten Urkunden führte er den Stadtrichtertitel erst seit Herbst 1375. Unserer Ansicht nach sind die Angaben für 1374, auf die paleographisch ähnliche aber unrichtige Lesung in Form von „quarto“ des im Datum der Urkunden mit Buchstaben geschriebenen „quinto“ (abl. temporis) zurückzuführen.

<sup>88</sup> 13. X. 1375. Der Stadtrichtertitel kommt noch nicht vor: Dl. 6302.

13. X. 1375: „Nos comes Jacobus des Scepus iudex curie domini Ludovici regis Hungariae damus pro memoria, quod universarumque civitatum regali iudex damus pro memoria, quod“ . . . (!) — Dl. 24 916.

(Der ungewohnte Titel wurde zuerst ausgelassen.)

13. X. 1375: Comes Jacobus de Scepus iudex curiae et universarum civitatum domini Lodovici, dei gratia Hungarie“ . . . — Dl. 6303.

17. X. 1375: Comes Jacobus de Scepus curie et universarum civitatum domini Lodovici dei gratia [regis] Hungarie iudex — Dl. 83 344.

<sup>89</sup> Ende Oktober verwendet er dreimal wieder nur den Landesrichtertitel: 22. X. 1375. Dl. 83 345), 25. X. 1375/24. XII. 1375 [Dl. 60 360] ed.: Fejér IX/5. p. 80 — 81. — obwohl er in einer Eigenmächtigkeitssache von Bürgern inquisitio verordnete und 27. X. 1375 (Dl. 6306). Ob das Weglassen des Titels Ende Oktober wegen der Gegner der Reform erfolgte oder die Vorbereitung weiterer Pläne bedeutet, wissen wir nicht. Jedenfalls kommt es auch später öfters vor, dass in den Intitulationen seiner Urkunden nur der Landesrichtertitel verwendet wird. Bis Beginn des Jahres 1376 bildet sich die bis Ende 1378 verwendete Formel aus: Comes Jacobus de Scepus iudex curie et universarum civitatum domini Lodovici dei gratia regis Hungarie. (Dl. 96 502, statt „et“ wird „und“ mit „que“ ausgedrückt: Dl. 6333., usw.).

<sup>90</sup> Der Text der Würdenreihenfolge, die *Fejér* mit einigen kleineren Lesungsfehlern mitgeteilt hat, ist bei *Kaprinai* nicht auf der vom Herausgeber angegebenen p. 201 — 202, sondern auf p. 262 zu finden (*Stephani Kaprinai*: Collectaneorum Msc. B. Tomus I. Budapest, Handschrifts-



archiv der Universitätsbibliothek). Die Würdenreihenfolge ist in einem Eschatocollum einer Urkunde von Ludwig I. worin ein Privileg von 1361 transponiert und bekräftigt wird, enthalten. Da auch Kaprainai bloss die Würdenfolge und das Datum mitteilt, ist die Quellenkritik schwer durchzuführen. Die Würdenfolge stimmt — ausser der Angabe des Tavernikalmeisters János vollkommen mit der Reihenfolge der Würdeträger nach anderen Urkunden vom Jahr 1376 überein. Übrigens ist auch bei der Urkunde von 1361 nur die Bekräftigungsklausel bekannt (ebenda p. 261) und ist die Bekräftigung eines von König Ladislaus den Rozgonyi's gewährten Privilegs. *Szentpétery* (Das Tavernikalstuhl, p. 514) und *Gerics* (Gerichtbarkeit der Kurie, p. 304) betrachten die Würdenfolge als glaubwürdig. Auch wir sind dazu geneigt, obwohl die Urkunde König Ladislaus für die Rozgonyi's bisher unbekannt ist. Falls die von Kaprainai gegebene Würdenfolge unrichtig wäre und die Tavernikalmeisterwürde von János schon vor 1376 aufgehört hätte, bedeutete es meritorisch für unser Thema keine Änderung. In diesem Fall wäre der erste Schritt der Reform die Schaffung des Stadtrichtertitels statt der Tavernikalmeisterwürde gewesen und da viele in diesem Titel eine Fortsetzung der Tavernikalmeisterwürde sahen, konnte Jakab Szepesi unter Verwendung dieses Titels seine weiteren Reformpläne verwirklichen.

<sup>91</sup> Vergl. *Boreczky*, p. 51. Zur Geschichte der Schatzmeisterwürde s. *Kubinyi*, A.: A kincstártoí hivatal története és fejlődése Mátyás király haláláig (Geschichte und Entwicklung des Schatzmeistersamtes bis zum Tode König Matthias'). Budapest, 1952 (Handschrift).

<sup>92</sup> 6. XII. 1377: Eine Urkunde der Stadt Ofen nennt ihm schon als tod (Dl. 74 836). Es ist wahrscheinlich dass sein Tod noch vor Ende Mai 1376 erfolgt ist. (Verlag. nächste Anmerkung).

<sup>93</sup> 29. V. 1376: „comite Jacobo de Scepus iudice curie nostre et magistro tavernicorum nostrorum“. (Dl. 76 010).

<sup>94</sup> *Tkalčić*: Monumenta historica liberae et regiae civitatis Zagrabiae . . . I. p. 249 — 250. — zitiert vom *Gerics*, I.: Gerichtbarkeit der Kurie, p. 304.

<sup>95</sup> 1376: Privataarchiv des Kapitels von Esztergom, Lad. 1., Fasc. 5. Nr. 6. — OL Filmarchiv, 556. Schachtel.

<sup>96</sup> 1377: Dl. 60 366., 1378: Dl. 738.

<sup>97</sup> 1378: Fejér, IX/5., p. 291.

<sup>98</sup> 1377: Dl. 60 366., 1378: Archiv Mesta Bratislavy, 335. — OL Filmarchiv C 42. Schachtel, Fejér, IX/7. p. 409 — 411.

<sup>99</sup> 1378: Privataarchiv des Kapitels von Esztergom, Lad. 1., fasc. 5, Nr. 3. — OL Filmarchiv, 556. Schachtel, 1377: Dl. 42 041, 1377: Dl. 42 059.

<sup>100</sup> 1378: Dl. 738.

<sup>101</sup> 1377: Dl. 60 366. Ähnlich die am selben Tag verfasste Urkunde, die aber über einen Prozess gegen andere Bürger von Schemnitz handelt. Dl. 60 367.

<sup>102</sup> Fejér, IX/5. p. 210 — 211.

<sup>103</sup> „in speciali regie majestatis presentia vel in persona eiusdem coram domino palatino“.

<sup>104</sup> 1378: Dl. 738.

<sup>105</sup> Dl. 60 360.

<sup>106</sup> Dl. 42 042.

<sup>107</sup> 1378: Die adeligen Güter von Nyereg und Ormos wurden von „iudex, jurati et cives ac universi hospites de Rudabánya“ „potentialiter“ besetzt. Jakab Szepesi lässt den Gebrauch verbieten. — Zichy: IV. (1878) 37 — 38. p.

<sup>108</sup> 1376: Privataarchiv des Kapitels von Gran Lad. 1., fasc. 5., nr. 6. — OL Filmarchiv, 556. Schachtel., 1378: ebenda Lad. 1., fasc. 5. nr. 3.

<sup>109</sup> 1376: Archiv Mesta Bratislavy, 312. — OL Filmarchiv, Č. 42. Schachtel.

<sup>110</sup> 1374: Dl. 60 360. ed.: Fejér IX/5. p. 80 — 81.

<sup>111</sup> 1375: Fejér, IX/5. p. 291.

<sup>112</sup> 1376: Privataarchiv des Kapitels von Gran. Lad. 1., fasc. 5. nr. 6. — OL. Filmarchiv, 556. Schachtel.

<sup>113</sup> 1378: Fejér, IX/5. p. 291 — 292.

<sup>114</sup> 1378: Privataarchiv des Kapitels von Gran, Lad. 1., fasc. 5., Nr. 3. — OL. Filmarchiv, Sch. 556.

<sup>115</sup> 1376: Privataarchiv des Kapitels von Gran Lad. 1, fasc. 5., nr. 6. — OL. Filmarchiv, Sch. 556.

<sup>116</sup> Archiv Mesta Bratislavy 312 — OL. Filmtár, Č 42. Sch.

<sup>117</sup> 1376: Oktave des St. Georgs Tages: Dl. 60 364., 1377. Oktave des St. Georgs-Tages: Dl. 42 041 Dl. 42 042.

<sup>118</sup> Archiv Mesta Bratislavy, 312. — OL Filmarchiv, Č Sch. 42.

<sup>119</sup> 1377: Archiv Mesta Bratislavy, 327. — OL Filmarchiv, Č. Sch. 42.



<sup>120</sup> 1377: DL. 2570.

<sup>121</sup> 1377: DL. 42 059.

<sup>122</sup> 1377: Im Namen der Stadt Pressburg erscheinen der Richter und die Räte als Beklagte auf der Gerichtsperiode der Oktave des St. Georgs Tages, als der Landesrichter „regio litterario mandato, pro ipsis in causam attractos nobis allato, eo, quod idem (!) se in presentem regium exercitum asseruissent profecturos“, vertagt er ihre Sache auf die Oktave des St. Martin-Tages. — DL. 42 041. Der königliche Militärdienst der Bürger beweist, dass die Zentralgewalt als Entgegnung ihrer städtenschützenden Politik mit Recht auf die Unterstützung der Städte rechnen konnte.

<sup>123</sup> 1376: DL. 67 730., 1377: Fejér IX/5. p. 213.

<sup>124</sup> 1377: Auf die Urkunde in der die Bürger von Schemnitz mit Geldbusse belegt werden, steht das Zeichen „Scepsiensis“ (DL. 83 356), das auf die Zahlung an den Exekutor des Landesrichters im Komitat Szepes hinweist. Ähnliche Zeichen sind auch bei Geldbussen der Adeligen zu sehen (z. B. „Gumur“ — DL. 6400.)

<sup>125</sup> Fejér, IX/5. p. 409–411.

<sup>126</sup> Der Vergleich erfolgte „per ordinationem et compositionem domini comitis Jacobi et strenui militis magistri Nicolai, filij Leukus de Cheklys ac aliorum proborum et discretorum virorum“.

<sup>127</sup> DL. 42 042.

<sup>128</sup> + S[IGILLUM] COMITIS JACOBI DE SCEPUS JUDICIS CURIE REGIE — 1374: DL. 41 940., 1375: DL. 41 989. und 41 991., 1377: DL. 42 046., 1368: DL. 25 148 usw.

<sup>129</sup> „relatio comitis Jacobi“, d. h. „relatio comitis Jacobi, judicis curie“ (Archiv Mesta Bratislavy, 343., d. h. 344. OL. Filmarchiv Č Sch. 42.)

<sup>130</sup> Archiv Mesta Bratislavy, 308. — OL. Filmarchiv Č Sch. 42.

<sup>131</sup> In den vor Jakab Szepesi geführten Prozessen kam das Landesrecht nicht nur im Verfahren, sondern auch im Urteil zur Geltung. So z. B. betont ein Bericht des Kapitels von Pressburg im Zusammenhang mit einer Eigenmächtigkeitsklage, dass nach Übergabe der inquisitionalis von Jakab Szepesi an den Richter und Räte, jene „non secundum continentiam litterarum inquisitionalis“, sondern „iuxta judicatorium consuetudinem civitatis ipsorum ab antiquo comprobata“ Recht sprechen wollten. Jakab Szepesi verordnete dann, dass die Rechtssprechung „iuxta nostram adjudicationem“ erfolgen soll. Das Interessante am Fall ist, dass der Landesrichter ursprünglich in 1376 noch so verfügte, dass das Gericht „iuxta consuetudinem dicte civitatis“ Recht sprechen soll — DL. 42 042. — Aus der Urkunde geht es hervor, dass der Unterschied zwischen dem Stadtrecht und dem Landesrecht ein Problem bedeutete.

<sup>132</sup> Der König gab Jakab Szepesi „ipsiusque vicesgerentibus in iudicatu“ den Befehl, „quatenus non obstante evocatione seu citatione vestri ad presentiali factis cives et civitatem nostram Soproniensem in eorum pristinis libertatibus et iuribus quietos et illosos permanere dimittatis et hoc idem futuribus iudiciis curie nostre committimus faciendum“ — (Házi, I/1., p. 176. Aus der Inskription der Urkunde geht hervor, dass bei Prozessen gegen Bürger ebenso die dem Landesrichter unterstellten Beamten — vor allem sein Protonotar, hier wahrscheinlich sein besonderer Notar — bei der Durchführung von Prozesshandlungen geringerer Bedeutung vorgehen, wie bei Prozessen gegen Adelige. (Vergl. eingehend Bertényi, I.: A nádori és az ország-bírói ítélőmester bírósági működése a XIV. században. Levéltári közlemények. XXXV (1964), p. 187–205. derselbe: Zur Gerichtstätigkeit des Palatins und des Landesrichters (iudex curiae regiae) in Ungarn im XIV. Jahrhundert. — Annales Univ. Scient. Budapestensis, Budapest, VII. (1965) p. 29–42.

<sup>133</sup> Boreczky: p. 85.

<sup>134</sup> DL. 74 839.

<sup>135</sup> Gerics: Gerichtsbarkeit der Kurie, p. 305.

<sup>136</sup> 1380: „magister thavarnicorum regalium et iudex universarum civitatum in regno Hungarie existentium“ — Tkalčić: I. 249–250. p. — zit.: Gerics, Gerichtsbarkeit der Kurie p. 304.

<sup>137</sup> Szentpétery, jun.: Der Tavernikalstuhl. p. 514–515.

<sup>138</sup> Siehe: Anmerkung 35.

<sup>139</sup> ZsO: I. Nr. 3882.

<sup>140</sup> Die im Namen Siegmunds abgefasste Urkunde verordnet, dass „ipsos cives et hospites nostros nullus omnino regnicolarum nostrorum in causis quibusvis et causarum articulis in presentiam regni nostri palatini et iudicis curie nostre predictorum in causam attrahere et citare et quovismodo evocare valeat atque possit“ — Jakab, p. 107–108.

<sup>141</sup> ZsO: I. Nr. 2063.



<sup>142</sup> Der Tavernikalstuhl: p. 539., 546., 557.

<sup>143</sup> 1422: Der Landesrichter und der Tavernikalmeister urteilten gemeinsam in einem Grenzstreit zwischen der Stadt Eperjes und den Bürgern von Kissáros mit Berichtspflicht an den König. *Iványi B.*: Archiv der kgl. Freistadt Eperjes (1245–1526), 1931, 75. p. Nr. 188 und 190.

Aus der Urkunde des Palatins Miklós Garai geht hervor, dass die Nonnen von Altofen in 1422 „Michaelen dictum Zudar, civem civitatis Strigoniensis modum legitime evocationis observando contra se ad certum terminum in causam convenisset (!), ipsaque causa primo coram comite Petro de Peren pridem iudice curie regie et tandem in speciale presentiam domini nostri regis Sigismundi“ luden, und der Prozess vor dem Palatin weitergeführt wurde – Dl. 11 459. – In 1432 lies Landesrichter Mátyus Palóczi gegen mehrere dem Namen nach genannte Bürger von Neudorf Ermittlungen einleiten, weil sie auf die Felder der Leute von Márkusfalva brachen und Eigenmächtigkeit verübten. *Illésy, J.*: Archiv der kgl. Kron- und Bergstadt Igló, Budapest, 1899. 25 p. usw.

<sup>144</sup> Vor Landesrichter Péter v. Szentgyörgy und Bazin trafen die Bürger von Altzohl, die Eigenmächtigkeit auf einem adeligen Gut verübten, einen Vergleich mit ihren adeligen Gegnern. *Föglein, A.*: Urkunden der Stadt Zólyom aus dem XIII–XVI. Jahrhunderten. Archiv Berichten, VI. (1926), 240–241 p.

<sup>145</sup> 1330: Landesrichter Pál hielt mit Tavernikalmeister Demeter und dem Gespan von Ödenburg Dezső eine generalis congregatio in Ödenburg im Auftrag des Königs ab und verhandelte dort die Klage zweier hospites von Heiligenstein gegen Dénes v. Byk wegen Todschlages ihres Vaters. – Dl. 40 581.,

1337: Landesrichter Pál und der Gespan von Pozsony Miklós halten aufgrund eines an sie gerichteten königlichen edictum eine generalis congregatio in Pressburg und entscheiden dort den Streit zwischen den Bürgern von Pressburg und mehreren Adeligen über die Grösse des Gefässes, das zur Einhebung des Weinzehents diente. – Archiv Mesta Bratislavy, 3. OL. Filmarchiv Č. Sch. 42.

<sup>146</sup> Dl. 3858.

<sup>147</sup> Vergl. *Kubinyi, A.*: A városi rend kialakulásának gazdasági feltételei és a főváros kereskedelme a XV. század végén. (Wirtschaftliche Bedingungen der Ausbildung der Städte und der Handel der Hauptstadt am Ende des XV. Jahrhunderts). Studien aus der Vergangenheit Budapest XV. (1963), p. 204.